

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche Juli 2023, 01.07.–07.07.

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	6
Meinung	21

News

Borrell kündigt "sehr wichtige Ereignisse" in der Ukraine an

<https://freessange.rtde.live/international/174138-borrell-kuendigt-sehr-wichtige-ereignisse/>

01.07.2023

Der "EU-Chefdiplomat" Josep Borrell hat am Freitag im spanischen Fernsehen für die nächste Zeit "sehr wichtige Ereignisse" in der Ukraine angekündigt. Was genau er meint, konkretisierte der Spanier nicht.

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft werde "sehr wichtige Ereignisse" für die Ukraine mit sich bringen, sagte der "EU-Chefdiplomat" Josep Borrell im spanischen Sender TVE am Freitag. Diese hätten mit Ereignissen auf dem Schlachtfeld zu tun:

"Sie haben mit dem zu tun, was auf dem Schlachtfeld passieren wird, und mit den mehr oder weniger schattenhaften Verhandlungen zur Beendigung des Konflikts", so Borrell wörtlich.

Er wies auch darauf hin, dass die Friedensgespräche zwischen Kiew und Moskau von nicht näher benannten Ereignissen abhängen, die man in den kommenden Tagen abwarten sollte.

* * *

Sachsens Ministerpräsident Kretschmer: "Ich will den Satz 'Nie wieder Russland' nicht mehr hören"

<https://freessange.rtde.live/inland/174203-sachsens-ministerpraesident-kretschmer-ich-will/>

02.07.2023

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer hat sich für mehr Diplomatie bei der Lösung der Ukraine-Krise und einen differenzierteren Umgang mit Russland ausgesprochen. Außerdem erklärte er die deutsche Energiewende für gescheitert und plädierte für die Wiederaufnahme russischer Energielieferungen.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer hat in einem Interview für die Zeitungen der Funke Mediengruppe erneut darauf gedrängt, eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts anzustreben.

"Wir müssen viel stärker auf Diplomatie setzen, um den Ukraine-Krieg zu beenden."

Ein großer Teil der Menschen sei für eine diplomatische Lösung, sagte der CDU-Politiker. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Bundesregierung sich dafür öffnen werde. Zudem wolle er den Satz "Nie wieder Russland" nicht mehr hören.

"Wir dürfen uns den Weg zu russischem Gas nicht für alle Zeiten versperren."

Die Energiewende in Deutschland erklärte der sächsische Ministerpräsident für gescheitert. Er beklagte eine extreme Verteuerung der Energiepreise. Es müsse alles getan werden, um die Preise zu senken. "Notwendig wäre, neu über alles nachzudenken: Atomkraft, Kohleausstieg, heimisches Gas, Nord Stream 1, den Ausbau der Erneuerbaren – es gibt viele Möglichkeiten, zu einem Kompromiss zu kommen."

Zuvor hatte sich Kretschmer im Sender Welt TV für eine baldige Reparatur der zerstörten Gaspipeline Nord Stream 1 ausgesprochen. Es gebe "überhaupt keinen Grund", warum man jetzt nicht "drangehen" sollte, "diese Pipeline zu sichern und zu reparieren". Er nannte den Anschlag auf die Pipeline einen "Verbrechen" und forderte Auskunft von der Bundesregierung über die Hintergründe des Anschlags. Die Menschen in Deutschland würden gerne erfahren, was die Bundesregierung darüber weiß, dass der US-Auslandsgeheimdienst CIA vor einem Anschlag gewarnt habe, sagte Kretschmer.

Der Politiker kritisierte in dem Gespräch auch den Umgang mit Russland insgesamt, er setze jedoch auf die angebliche Strahlungskraft westlicher Werte:

"Wenn wir an unsere westlichen Werte glauben, für die wir so sehr eintreten, dann müssen wir auch daran glauben, dass in Russland die Menschen auch irgendwann davon überzeugt sind und genau das wollen."

Er würde daher "den Kontakt mit der Zivilgesellschaft nicht so abreißen lassen". Kretschmer stellte jedoch auch klar, dass Russland im Krieg gegen die Ukraine keinen Erfolg haben dürfe. Die Ukraine sei ein souveränes Land und der russische Angriff ein großes Verbrechen.

Kretschmer wird für seine gemäßigten Positionen und die Forderung nach russischen Energielieferungen von den Medien, der Ampel-Regierung und seiner eigenen Partei Naivität, Verantwortungslosigkeit und "Ost-Populismus" vorgeworfen. Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann warf Kretschmer noch im letzten Jahr vor, sich auf gefährlichem Terrain zu bewegen. Die Zukunft des russischen Gases sei erledigt und "Herr Kretschmer wirklich komplett falsch abgebogen".

CDU-Parteichef Friedrich Merz erklärte, Kretschmers Position sei nicht die der Bundespartei. Im Osten Deutschlands gebe es eine "etwas naive Haltung gegenüber Russland".

Der Politikwissenschaftler Hans Vorländer von der TU Dresden sagte, es sei nachvollziehbar, dass Kretschmer "für die heimische Industrie und Bevölkerung eine gesicherte Energieversorgung will", ebenso eine Streuung der Energielieferanten. Das "kann nach Beendigung des Krieges auch Russland" einschließen, so Vorländer im Gespräch mit dem MDR.

* * *

Baerbock in Eisenhüttenstadt – Demonstrant wirft mit Eiern

<https://freeassange.rtde.live/inland/174283-baerbock-in-eisenhuettenstadt-demonstrant-wirft/>

03.07.2023

Annalena Baerbock war in Eisenhüttenstadt, um Schülern dort etwas über den "Kampf gegen rechts" zu erzählen. Vor der Schule wurde demonstriert. Dabei sollen auch zwei Eier gegen das Schulgebäude geflogen sein. Waren das die Eier für den "Bacon of Hope"?

Beim Besuch der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock im brandenburgischen Eisenhüttenstadt hat es am Montag Proteste gegeben. Rund 30 Menschen demonstrierten vor einer Gesamtschule gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und für Frieden. Ein Unbekannter warf zwei Eier auf das Gebäude. Laut Polizei gehörte er nicht zur Gruppe der Demonstranten. Es werde wegen versuchter Sachbeschädigung ermittelt.

In der Schule sprach Baerbock als Brandenburger Bundestagsabgeordnete der Grünen mit Schülern der Klassen 11 bis 13. Dabei warb sie laut dpa mit den üblichen Aussagen für den "Kampf gegen rechts". Man müsse dafür werben, "wie schwierig auch manche Entscheidungen sind, dass es nicht nur Schwarz oder Weiß gibt, was natürlich für Populisten einfach ist".

An Schulen müsse verdeutlicht werden, was wichtige Abwägungsprozesse sind, "sei es bei der Frage, wie wir die Ukraine mit Waffen unterstützen, was da für Entscheidungen vorher stattfinden oder auch bei der Frage, wie wir bei knappen Kassen jetzt das Geld in Deutschland so verteilen, dass es gerecht zugeht".

In den sozialen Netzwerken wurden die Eierwürfe von Eisenhüttenstadt mit ihren jüngsten rhetorischen Fehlleistungen in Südafrika in Verbindung gebracht. Sie hatte dort vom Ende der Apartheid als einem "Bacon of Hope" gesprochen.

* * *

Scott Ritter: "Für die Ukraine ist alles vorbei"

<https://freeassange.rtde.live/russland/174434-scott-ritter-fuer-ukraine-ist/>

05.07.2023

Angesichts der gescheiterten Offensive betrachtet Kiew eine Einmischung der NATO als einzige Chance, um auf dem Schlachtfeld das Blatt zu wenden. Dazu ist das Bündnis aber nicht fähig. Der US-Militärexperte Scott Ritter äußert sich in einem Video zu diesem Thema.

Der frühere Offizier der US-Marineinfanterie und ehemalige UN-Waffeninspektor Scott Ritter legt in einem auf dem Youtube-Kanal U.S. Tour of Duty veröffentlichten Video seine Sicht der Lage rund um die Angriffe der ukrainischen Truppen dar. Ihm zufolge stehen die Streitkräfte der Ukraine bereits am Rande des Zusammenbruchs und sind dabei, in Erwartung des NATO-Gipfels im Juli um ihr Überleben zu kämpfen. Behörden in Kiew würden dann die NATO anflehen, sich in den Konflikt einzumischen, denn hierin sähen sie die einzige Chance für die Ukraine, so der Militärexperte. Die russische Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* zitiert ihn mit den Worten:

"Aber es ist keine Chance, weil – ich erinnere alle daran – die NATO sich nicht leisten kann, sich in einen solchen Konflikt einzumischen. Sie haben keine Truppen, sie haben keine Ausbildung, sie haben keine logistische Unterstützung, sie haben kein Kommando und keine Leitung, aber auch sie wissen nicht, wie das geht. Für die Ukraine ist also alles vorbei."

Kiew habe die von der russischen Seite im April 2022 unterbreiteten Vorschläge zu einer Konfliktregelung annehmen sollen, sagte Ritter weiter.

"Stellen Sie sich vor, wo wir heute wären, aber nein."

In einem Interview Ende Juni hatte der Ex-Offizier jede Möglichkeit ausgeschlossen, dass die ukrainische Gegenoffensive in irgendeiner Weise erfolgreich sein könnte. Die russischen Verteidigungslinien seien seiner Auffassung nach "die am besten vorbereiteten Verteidigungsanlagen der modernen Geschichte". Ritter fuhr damals aus:

"Das wird eine strategische Niederlage nicht nur für die Ukraine, sondern auch für ihre NATO-Sponsoren werden."

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hatte zuvor Moskaus Bereitschaft betont, mögliche Vorschläge der westlichen Länder zu eventuellen Verhandlungen über die Ukraine-Krise zu prüfen. Seiner Ansicht nach hat der Westen jedoch noch keine ernsthaften Vorschläge unterbreitet. In seiner jährlichen Pressekonferenz im Januar sagte er:

"Sie haben mich gefragt, wie die Aussichten für Verhandlungen zwischen Russland und dem Westen über die Ukraine-Frage sind. Wir sind bereit, auf jeden ernsthaften Vorschlag zu reagieren. Bislang haben wir keine ernsthaften Vorschläge gesehen."

Verhandlungen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij kämen aber nicht in Frage, betonte der Minister.

"Von Verhandlungen mit Selenskij kann nicht die Rede sein, zumindest deshalb, weil er gesetzlich verboten hat, mit der russischen Regierung zu verhandeln."

* * *

Medwedew: Ohne Waffenlieferungen an die Ukraine könnte Spezialoperation in einigen Tagen enden

<https://freeassange.rtdc.live/international/174465-medwedew-ohne-waffenlieferungen-an-ukraine/>
05.07.2023

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, hat am Mittwoch in einem Interview erklärt, dass die russische militärische Spezialoperation in einigen Tagen enden könnte, wenn der Westen aufhören würde, Waffen in die Ukraine zu liefern.

Die militärische Spezialoperation könnte in einigen Tagen enden, wenn die USA und ihre Vasallen aufhören würden, Waffen in die Ukraine zu liefern. Dies verkündete der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, am Mittwoch in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur TASS.

Zunächst stellte der Politiker fest, dass die russische Armee sehr modern und heldenhaft sei, obwohl

es, wie in jeder Armee, einige Probleme gebe. Medwedew sagte weiter, dass die militärische Spezialoperation nach wenigen Monaten beendet gewesen wäre, wenn die NATO, vor allem die USA und ihre Vasallen, die Lieferung von Waffen und Munition an die Ukraine sofort unterbunden hätte. Und wenn sie jetzt ihre Waffenlieferungen einstellten, würde die Spezialoperation in wenigen Tagen enden, so Medwedew.

Zudem fügte Medwedew hinzu, dass jeder Krieg sehr schnell beendet werden könne, entweder durch einen Friedensvertrag oder durch das, was die USA in Hiroshima und Nagasaki auf Kosten von 300.000 Zivilisten getan haben. Die Agentur zitiert den russischen Politiker wörtlich:

"Eigentlich kann jeder Krieg, sogar ein Weltkrieg, sehr schnell beendet werden. Entweder wird ein Friedensvertrag unterzeichnet oder man tut, was die USA im Jahr 1945 getan haben, als sie ihre Atomwaffen einsetzten und zwei japanische Städte, Hiroshima und Nagasaki, bombardierten. Sie haben damals in der Tat den Krieg beendet, was fast 300.000 Zivilisten das Leben gekostet hat."

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation in der Ukraine haben westliche Länder der Ukraine finanzielle sowie militärische Unterstützung geleistet. Die russischen Behörden kritisierten wiederholt die Waffenlieferungen und wiesen auf die zunehmende direkte und indirekte Beteiligung westlicher Länder an dem Konflikt hin.

* * *

Analyse

Die Blitzkriegstrategie der Ukraine ist gescheitert – was bleibt also von der Gegenoffensive?

<https://freeassange.rtde.live/russland/174135-blitzkrieg-strategie-ukraine-ist-gescheitert/>
02.07.2023

Wladimir Selenskij unter Zugzwang: Sechs Monate lang hatte Kiew den Durchbruch zum Asowschen Meer vorbereitet. Der Druck des Westens führte dazu, dass Selenskij zu dieser Offensive gezwungen wurde, wohl wissend, dass er auf schwachen Beinen steht.

Von Wladislaw Ugolny

Die Gegenoffensive der Streitkräfte der Ukraine (AFU), die seit Anfang des Jahres von ukrainischen und westlichen Offiziellen und den Medien intensiv gehypt wurde, ist nun seit fast einem Monat im Gange. Seit dem 4. Juni versuchen die Streitkräfte Kiews, auf dem südlichen Abschnitt der Front in der Region Saporoschje und im westlichen Teil der Volksrepublik Donezk (DVR) vorzustoßen und durchzubrechen.

Die erwartete Blitzkriegstrategie war bisher nicht von Erfolg gekrönt, worauf die ukrainische Offensive in einem Stellungskrieg stecken blieb, bei dem sie einen beträchtlichen Teil der vom Westen bereitgestellten militärischen Ausrüstung und Waffen verlor. Bis Ende Juni gelang es Kiew, lediglich acht Dörfer zu besetzen, es konnte aber die wichtige erste russische Verteidigungslinie nicht erreichen. Kiew und seine westlichen Gönner zeigen sich zunehmend besorgt, da der geplante Durchbruch zum Asowschen Meer – dem strategischen Ziel der Gegenoffensive – gescheitert ist und der Landkorridor vom russischen Festland und zur Krim weiterhin unter russischer Kontrolle steht. Warum ist diese lang erwartete und viel diskutierte Gegenoffensive der Ukraine gescheitert?

Wie entstand die aktuelle Frontlinie?

Die Frontlinie in der Region Saporoschje und jene im westlichen Teil der DVR waren im Frühjahr 2022 entstanden. Damals hatten russische Truppen die Einheiten aus der Krim mit jenen aus dem Donbass zusammenlegen und die Städte Tokmak und Pologi erobern und somit den "Kessel von Mariupol" formen können. Unterdessen waren die Versuche der russischen Armee, näher an Saporoschje heranzurücken und die Städte Guljaipole und Orechow einzunehmen – die wichtigsten Hochburgen der AFU in der Region Saporoschje –, erfolglos geblieben.

Im Osten, im Bereich der Landzunge bei Wremjewski, hatten die aktiven Kämpfe bis zum Sommer 2022 angedauert. Am 14. Juli bestätigte das Hauptquartier der Territorialverteidigung der DVR die Einnahme des Dorfes Neskutschni südlich von Wremjewka – der letzten von der Volksmiliz befreiten Siedlung in diesem Abschnitt der Front.

Die strategische Bedeutung des Frontabschnitts Saporoschje

Auch wenn die russische Armee Saporoschje selbst nicht erreichen oder die Stellungen der AFU im Donbass nicht flankieren konnte, waren die militärischen Erfolge des vergangenen Frühlings und Sommers für Russland äußerst wichtig. Erstens übernahm die russische Armee die Kontrolle über die Autobahn Krim – Melitopol – Berdjansk – Mariupol bis ins Gebiet Rostow, wo sich das eine Ende der Krim-Brücke befindet. Als Ergebnis dieser Bemühungen bekam die Halbinsel eine wesentlich bessere Anbindung an das russische Festland.

Zweitens schuf die Kontrolle über diese Gebiete eine Pufferzone nördlich der Krim und zwang die Ukrainer zum Rückzug vom Asowschen Meer, das seither vollständig als russisches Territorium gilt. Außerdem konnten die russischen Streitkräfte eine einheitliche Front von der Mündung des Dnjepr bis zur russischen Grenze aufbauen.

Diese Positionierung brachte allerdings auch gewisse Schwachstellen für die russischen Truppen mit sich. Wenn die ukrainische Offensive erfolgreich gewesen wäre und die AFU bis zum Asowschen Meer hätte durchbrechen können, wäre die russische Front in zwei Teile gespalten worden. So komplex es auch gewesen sein mag, für die AFU war es einen Versuch wert, da man dann die Einheiten aus dem Donbass hätte blockieren können, was zu einer ernsthaften Bedrohung für die Krim und Sewastopol geworden wäre – den wichtigsten Militärstützpunkt der Schwarzmeerflotte.

Von der Offensive zur Defensive

Russland erkannte die strategische Bedeutung dieses Gebiets und begann mit der Verlegung von Einheiten dorthin, was jedoch zu Verlusten an anderen Frontabschnitten führte. Beispielsweise war die 35. kombinierte Waffenarmee aus Isjum abgezogen worden, was im September 2022 zum Rückzug Russlands aus der Region Charkow beigetragen hatte.

Anschließend legten die Streitkräfte der Russischen Föderation tief gestaffelte Verteidigungslinien an, eine Aufgabe, an der auch zivile Bauarbeiter beteiligt waren. In der Nähe von Melitopol wurde eine zweistufige Verteidigungslinie mit einem Vorfeld und zwei Sicherheitszonen errichtet, während Tokmak und das Dorf Otscherewatoje auf eine reine Stellungenverteidigung vorbereitet wurden.

Wenn man die Verteidigungsmaßnahmen Russlands in diesem Bereich beurteilen will, so kann man sagen, dass selbst, wenn es der AFU gelingen würde, diese Verteidigungslinie zu durchbrechen, sie immer noch mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert wäre. Ausgebildete russische Reserven würden umgehend einen Gegenangriff starten und die Flanken der AFU aus der Region Cherson und der DVR angreifen. Das Gelände wäre zudem für die russische Armee von Vorteil – unter anderem würde man sich auf die höchsten Stellen in der Region Saporoschje stützen, die sich in der Nähe von Komysch-Sorja und Rozowka befinden.

Schließlich ist selbst mit den besten Befestigungen eine wirksame Verteidigung nicht möglich ohne motivierte und ausgebildete Soldaten, die im Zusammenspiel mit der Aufklärung, der Artillerie und der Luftwaffe operieren. Daher wurden in der strategisch wichtigen Richtung Melitopol, die Eliteeinheiten der 42. motorisierten Schützendivision der 58. Armee an die Spitze der russischen Verteidigung gestellt.

Erwartungen der Öffentlichkeit und der Medien

Die westliche Presse war äußerst begeistert von den Aussichten der AFU in der Region Saporoschje. So schrieb beispielsweise ein US-"Militärexperte" namens John Deni, die Ukraine werde dank des Einsatzes westlicher Ausrüstung und Waffen Russland in seiner Gegenoffensive leicht besiegen können.

Die erwarteten Kämpfe wurden von den westlichen Medien als Wendepunkt dieses Krieges hochstilisiert. Doch dieser mediale Druck verunsicherte die ukrainische Führung und zwang sie, den verspäteten Beginn der Operation zu rechtfertigen und fortan ein Schweigen der Medien in dieser Angelegenheit zu fordern. Diese Situation verunsicherte jedoch nur die ukrainischen Offiziellen und Militärs, während die ukrainische Öffentlichkeit, beeindruckt von der Flut westlicher Militärhilfe und den zahlreichen Versprechungen von Politikern aus dem Westen, auf

einen bevorstehenden Sieg hoffte.

In Russland braute sich derweil eine gegenteilige Stimmung zusammen. Die russische Öffentlichkeit hatte sich immer noch nicht vollständig von den Rückschlägen in der Region Charkow und dem Rückzug aus Cherson erholt und wertete diese Ereignisse als Anzeichen dafür, dass die Militäroperation ihren ursprünglichen Zielen zuwiderlief. Diese Meinung wurde von bestimmten Personen vertreten, die politisch motiviert waren, die russische Militärführung zu kritisieren. Selbst der Sieg in Artjomowsk – in der Ukraine Bachmut genannt – konnte die öffentliche Moral nicht vollständig heben, denn viele führten diesen Erfolg ausschließlich auf den Einsatz des privaten Militärunternehmens Wagner zurück und nicht auf die reguläre russische Armee, die jetzt für die Abwehr der Gegenoffensive der Ukraine verantwortlich wäre. Infolgedessen war die russische Öffentlichkeit besorgt über den bevorstehenden Angriff der AFU, der im Erfolgsfall die Apathie unter den Russen zusätzlich verstärken und zu einer weiteren Demoralisierung beitragen würde.

Die Ukraine setzt neue Brigaden ein

Von der AFU wurde erwartet, dass sie neu formierte Einheiten in die Gegenoffensive schickt, die größtenteils mit westlichen Waffen ausgerüstet und von westlichen Instruktoren ausgebildet worden waren. Diese Brigaden wurden lange Zeit in Reserve gehalten. Nur wenige Einheiten, wie die im Sommer gebildete 46. und 77. Brigade, wurden nach Artjomowsk verlegt, wo sie recht positive Ergebnisse erzielen konnten.

Andere Brigaden setzten währenddessen ihre Ausbildung fort und nutzten die Zeit, die sie dank des blutigen Opfers der "älteren" Einheiten gewonnen hatten. Beispielsweise kämpfte die 79. Brigade anderthalb Jahre lang ohne Rotation bei Marjinka, einem Vorort von Donezk. Anstatt sie durch frische Einheiten zu ersetzen, hat die ukrainische Führung die Kämpfer bis heute im Einsatz behalten.

All dies geschah, um die neuen Einheiten stark und bereit für die Gegenoffensive gegen Russland aufzustellen. Die Ukraine hatte gehofft, dass die neuen Brigaden den siegreichen Marsch zum Asowschen Meer sichern würden, und dies hätte dann nicht nur einen Sieg Kiews über Moskau, sondern auch den Triumph westlicher Waffentechnik und militärischer Ausbildung bedeutet. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht.

Die Wremjewski-Landzunge: Der verwundbarste Teil der russischen Verteidigung

Am 4. Juni startete die Ukraine ihre Gegenoffensive mit einem Ablenkungsangriff – der später zum Hauptangriff wurde – auf die Wremjewski-Landzunge. Offenbar sollte damit die Reserven der russischen Armee in diesem Gebiet in die Schlacht gezogen werden. Diese Angriffe dauerten mehrere Tage, blieben jedoch erfolglos.

Beim zweiten Angriff am 10. Juni agierte die ukrainische Armee effektiver, und am 13. Juni zog sich Russland aus den Dörfern Nowodarowka, Neskutschnoje, Storoschewoje, Blagodatnoje und Makarowka zurück. Am 26. Juni übernahmen die Ukrainer die Kontrolle über Rownopol und einige Stellungen auf den Feldern, am Weg nach Nowodonetski und Prijutnoje.

Im Laufe der dreiwöchigen Kämpfe eroberte die AFU sechs Dörfer, die alle vorzeitig evakuiert wurden. Es ist anzumerken, dass der Wremjewski-Landzunge anfangs äußerst ungünstig für die russische Verteidigung war – umgeben von ukrainischen Truppen an den Flanken, floss zudem noch der Fluss Mokrije Jaly Mitten durch die russische Stellung und teilte sie infolgedessen in zwei Hälften, weshalb sich die russischen Streitkräfte nur auf einige Höhen an den Flanken abstützen konnten.

Doch auch wenn das Gelände die AFU bevorteilte, konnte hier kein Durchbruch erzielt werden. Ein unbedeutender Vorstoß verlangte zudem einen hohen Preis: Erhebliche Mengen an westlicher Ausrüstung wurden zerstört, und Berechnungen zufolge erlitt die AFU empfindliche Verluste unter den Truppen. Dennoch gehen die Versuche, an der Front durchzubrechen, weiter. Derzeit steht die AFU den russischen Verteidigungslinien in Staromajorski und Uroschajnoje gegenüber und hofft, diese über die Flanken zu überwinden, was sie jedoch nur noch näher an stärker befestigte Stellungen bringen würde.

Eine "Safari" in der Nähe von Orechow und die Schlappe für die Medien

Am 7. Juni begann die AFU mit der Bewegung in Stoßrichtung Melitopol. Dies war zunächst die Aufgabe der 128. Gebirgssturmbrigade, einer Einheit, die zuvor in verschiedenen Kämpfen bereits hohe Verluste erlitten hatte. In Richtung Wassilewka versuchte die Brigade, das Dorf Lobkowo zu besetzen. Am nächsten Tag startete die AFU einen Vorstoß, der angeblich von der 47. mechanisierten Brigade angeführt wurde, die mit deutschen Leopard-Panzern ausgerüstet war. Dieser Angriff endete schlecht für die Ukrainer – die Operation schlug fehl, zahlreiche westliche Ausrüstung wurde zerstört, worauf das russische Verteidigungsministerium verheerende Videoaufnahmen von Drohnen veröffentlichte, die sich anschließend im Internet rasant verbreiteten.

Der ukrainische Telegram-Kanal DeepState, der einen Live-Situationsplan der Front betreibt, sah sich gezwungen, vorübergehend den Kommentarbereich zu schließen. Der Kanal veröffentlichte später eine "unbequeme Analyse" der Ereignisse, in der ukrainische Offizielle und Politiker kritisiert wurden, die behauptet hatten, die ukrainische Armee habe noch gar keine echte Gegenoffensive lanciert. Laut ukrainischen Politbeobachtern hat das Verhalten dieser Offiziellen das Opfer der gefallenen ukrainischen Soldaten entwertet.

Am 10. Juni zwang der zunehmende mediale Druck den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, den Beginn der Gegenoffensive und die erlittenen Verluste zu bestätigen, lange bevor er der Öffentlichkeit einen nennenswerten Erfolg vorweisen konnte. Die Ukraine folgt üblicherweise der Regel, die Aktionen der Streitkräfte so lange geheim zu halten, bis der Öffentlichkeit und den Medien attraktive Beweise für ukrainische Erfolge vorgelegt werden können. Diesmal jedoch zwangen die Videoaufnahmen abgeschossener Leo-Panzer und Bradley-Infanterie-Kampffahrzeuge die Ukraine dazu, diese Regel zu brechen.

Anhaltende Kämpfe südlich von Orechow

Später gelang es der ukrainischen Seite, in dieser Richtung gewisse Erfolge zu erzielen. Der zunehmende Druck an den Verteidigungslinien zwang die russische Armee zum Rückzug aus zwei Dörfern – Lobkowoje und Pjatichatka –, wo langwierige Kämpfe stattfanden. Derzeit hält die russische Armee ihre Verteidigungsstellungen in der Nähe des Dorfes Scherebjanka.

Im Osten konnte die AFU über die Felder in Richtung des Dorfes Rabotino vordringen, das an der Straße von Orechow nach Tokmak liegt, wobei beide Seiten Verluste erlitten. Aber die Ukraine verliert zusätzlich noch ein weiteres wichtiges Gut – Zeit –, weil die Dynamik der Gegenoffensive nachlässt. Darüber hinaus greift die russische Luftwaffe intensiv Munitions- und Nachschublager sowie die Aufmarschgebiete an. All dies erhöht die Kosten der Gegenoffensive und macht den endgültigen Erfolg der ukrainischen Armee noch unwahrscheinlicher.

Die zerbrochenen Hoffnungen der Ukraine auf einen schnellen Kriegsverlauf

Die Serie an Misserfolgen hat in der ukrainischen Öffentlichkeit Enttäuschung hervorgerufen, nachdem man auf eine rasch ausgeführte Gegenoffensive und einen Durchbruch an der Front gehofft hatte. Alle zwei Wochen befragt der ukrainische Journalist Roman Schrike seine Telegram-Abonnenten darüber, wie lange sie die Dauer des Krieges einschätzen. Am 15. Juni erhielt die

Option, dass der Krieg "länger als ein weiteres Jahr" andauern würde, erstmals über 50 Prozent der Stimmen.

Der Propagandist Alexei Arestowitsch stellte fest, dass der Erfolg der Ukraine in der Region Charkow eine Ausnahme gewesen sei und nicht wiederholt werden könne. Er beschrieb die Kämpfe in der Region Saporoschje als "einen blutigen Kampf mit Verlusten auf beiden Seiten". Damit die nächste Offensive der Ukraine erfolgreicher wird, braucht das Land laut Arestowitsch westliche Kampfflugzeuge.

Unterdessen dämmert es den einfachen Bürgern der Ukraine, von denen nicht wenige zu Flüchtlingen wurden, ihre Arbeit verloren haben oder zwangsrekrutiert in der Armee dienen, dass die aktuelle Situation, in der das Land mit jedem Tag ärmer wird und die Menschen täglich tödlichen Gefahren ausgesetzt sind, noch einige Jahre andauern könnte.

All dies stellt eine große Belastung für die ukrainische Gesellschaft dar, die keinen baldigen Sieg am Horizont sehen kann. Gleichzeitig haben mehrere Städte, darunter Kiew, eine allgemeine Mobilisierung angekündigt. Die allgemeine Mobilisierung in der Ukraine ist bereits seit dem 24. Februar 2022 in Kraft, doch diese neue Ankündigung offenbart eine neue Qualität der Verzweiflung. Besonders besorgniserregend ist die Anordnung an alle Wehrpflichtigen, in den Wehrämtern zu erscheinen, unabhängig davon, ob sie eine Vorladung erhalten haben oder nicht.

Der Druck des Westens führte dazu, dass Selenskij zu dieser Offensive gezwungen wurde, wohl wissend, dass er auf schwachen Beinen steht. Somit fand er sich in der Situation eines Schachspielers wieder, der unter Zugzwang geraten ist.

Aus dem Englischen.

Wladislaw Ugolny ist ein russischer Journalist aus Donezk.

* * *

Der Vorschlag Lukaschenkos, von Wagner zu lernen, bedeutet nicht, dass der Putsch "unecht" war

<https://freeassange.rtde.live/international/174165-vorschlag-lukaschenkos-von-wagner-zu/>
03.07.2023

Nur weil Präsident Putin das große Blutvergießen, das die existenziellen Feinde seines Landes sehen wollten, abgewendet hat, bedeutet das nicht, dass die ganze Sache "unecht" war. Diejenigen, die das glauben, sind auf eine Psy-Op des Westens hereingefallen.

Von Andrew Korybko

In der vergangenen Woche stellte ich die These auf, dass "die Verbannung von Prigoschin und seinem Stab nach Weißrussland den russischen Interessen dient", was der weißrussische Präsident Lukaschenko am vergangenen Freitag bestätigt hat. Er lobte die Gruppe Wagner dafür, dass sie "die Franzosen in Afrika niedergehämert" habe, ganz zu schweigen von ihrer Rolle bei Russlands Militäroperation in der Ukraine und insbesondere beim Sieg in der Schlacht von Artjomowsk. Zuvor hatte er der Gruppe den Vorschlag unterbreitet, ihre Kriegserfahrungen mit den weißrussischen Streitkräften zu teilen. Dies geschah am selben Tag, an dem Weißrussland die Aufstellung einer Volksmiliz bekannt gab.

Der größere Kontext besteht darin, dass der weißrussische Staatschef jüngst davor gewarnt hatte,

dass der Westen einen weiteren Putsch gegen ihn plane, zusammen mit der Möglichkeit von Überfällen ins weißrussische Grenzgebiet, ähnlich wie sie in der russischen Grenzregion Belgorod stattgefunden haben. Weißrussland brauche jede Hilfe, die es bekommen kann, um sich zu verteidigen, so Lukaschenko. Daher sei es klug, das Ergebnis des Abkommens, das der weißrussische Staatschef vergangene Woche vermittelte, zu diesem Zweck zu nutzen. Auch Russland wird damit kein Problem haben, da Präsident Putin die Gruppe Wagner – trotz des Verrats ihres Chefs – wiederholt als patriotische Helden bezeichnet hat.

Daher ist es für die Gruppe Wagner durchaus sinnvoll, Putins Verbündeten vor den Bedrohungen durch ihre gemeinsamen existenziellen Feinde zu schützen. Dies kann, wie von Lukaschenko vorgeschlagen, durch das Vermitteln von Erfahrungen aus dem Schlachtfeld sowie durch die Durchführung multidimensionaler Operationen im Informationskrieg erreicht werden. Zu Letzterem wurde zuvor berichtet, dass Russland das Netzwerk der "Patriotischen Mediengruppe" von Prigoschin gesperrt und dass sie sich schließlich dafür entschieden habe, ihre Aktivitäten im Land einzustellen.

Da Prigoschin, seine Kollaborateure und ihre Unterstützer nun nach Weißrussland umgezogen sind, werden diese jetzt arbeitslosen Spezialisten des Informationskrieges ihnen voraussichtlich folgen, um dort ihre Operationen im Informationsraum wieder aufzunehmen. Dabei kann es sich um offensive Operationen handeln, die sich gegen die Nachbarländer Weißrusslands richten. Aber auch um defensive Operationen, die darauf abzielen, die Unterstützung für die weißrussische Regierung zu stärken, angesichts eines weiteren möglichen Putsches gegen sie. Zusammengenommen kann die Gruppe Wagner, mit voller Zustimmung Russlands, zu einem nationalen Sicherheitsfaktor für Weißrussland werden.

Mit Hinblick auf ein mögliches Szenario, dass Überfälle ins weißrussische Grenzgebiet vom ukrainischen Territorium aus lanciert werden, könnte die Gruppe Wagner die erste Verteidigungslinie in Weißrussland bilden. Selenskij könnte auf Geheiß seiner westlichen Paten zu solchen Überfällen durchaus bereit sein, zumal er bereits die Nordgrenze seines Landes verdächtig verstärkt. Die Gruppe könnte nicht nur die Eindringlinge direkt aufhalten, sondern Lukaschenko könnte ihr auch befehlen, grenzüberschreitende Razzien durchzuführen, die darauf abzielen, die Basislager der Eindringlinge zu zerstören – auch präventiv.

Es ist unwahrscheinlich, dass Wagner nach dem gescheiterte Putsch von Prigoschin eine Nordfront eröffnen wird – entgegen dem Wunschdenken in der Community der alternativen Medien und ihrer Konkurrenz in den Mainstream-Medien; obwohl man diese Sichtweise auch nicht völlig auszuschließen vermag. Was jedoch mit Sicherheit gesagt werden kann, ist, dass Präsident Putin keinen "False Flag Putsch" zusammen mit Prigoschin inszenieren ließ.

Bedauerlicherweise verbreitete sich diese Verschwörungstheorie in der vergangenen Woche im gesamten Raum der alternativen Medien viral. Das verführte zahllose Menschen dazu, auf dieses Narrativ aus der "sechsten Kolonne" hereinzufallen, mit dem man den Eindruck vermitteln wollte, das russische Staatsoberhaupt habe den Verrat inszeniert. Wer sein Weltbild auf dieser Grundlage aufbaut, hat sich wohl zunehmend von der Realität verabschiedet und ist damit für die westlichen Informationskrieger noch leichter manipulierbar. Folglich sollte dieses falsche Narrativ schnellstmöglich im Keim erstickt werden.

Präsident Putin hat Prigoschin und seine Mittäter deshalb nicht liquidieren lassen, weil er verhindern wollte, dass sie zu Märtyrern werden. Während er gleichzeitig pragmatisch einen Bürgerkrieg abwenden konnte, den der Westen sich so sehr wünschte und der mithilfe von Prigoschin hätte ausbrechen können. Der Wagner-Chef wäre als der destabilisierendste "nützliche Idiot" in die Geschichte eingegangen, hätten die Entwicklungen nicht gestoppt werden können.

Weder der FSB noch Präsident Putin haben übertrieben, als sie den Verrat des Wagner-Chefs zu Recht als "Dolchstoß in den Rücken" bezeichneten.

Dasselbe lässt sich natürlich auch über die öffentlich finanzierten alternativen Medien sagen, die diese Verschwörungstheorie verbreitet haben – mit der Absicht ihr Publikum glauben zu machen, Putin und Prigoschin hätten unter einer Decke gesteckt. Diese alternativen Medien haben sich möglicherweise in der Vergangenheit Respekt für ihre Analysen und/oder Berichterstattung verdient. Aber sie verraten jetzt das Vertrauen, das ihre Anhänger und Leser in sie gesetzt haben, indem sie besagte Verschwörungstheorie verbreiten, um Reichweite zu gewinnen, ihre Ideologie voranzutreiben und/oder um Spenden zu erbitten.

Der gescheiterte Putsch von Prigoschin war aus mehreren Gründen ein Meilenstein in der Geschichte Russlands, denn er stellte die größte Herausforderung für die verfassungsmäßige Autorität des Landes seit 1993 dar – laut Präsident Putin, den hinterhältigsten Versuch der Subversion seit 1917.

Nur weil Präsident Putin das große Blutvergießen, das die existenziellen Feinde seines Landes sehen wollten, abwendete und sich diese Krise anschließend zum Vorteil des Bündnispartners Weißrussland entwickelte, heißt das nicht, dass die ganze Angelegenheit "unecht" war, so wie es die "sechste Kolonne" in der Community der alternativen Medien beansprucht. Diejenigen, die das glauben, sind auf eine Psy-Op des Westens hereingefallen und stellen die Integrität Putins, jene des FSB und anderer russischer Institutionen, wie die Nationalgarde und die russischen Medien infrage.

Es dient den Interessen der existenziellen Feinde Russlands, wenn die Anhänger der besagten Verschwörungstheorie glauben, dass die genannten Institutionen, die tragenden Säulen des russischen Staates, lügen. Ganz zu schweigen von der Implikation, Präsident Putin könnte toleriert haben, dass russische Kampfflugzeuge und Hubschrauber abgeschossen werden, deren getöteten Piloten und Mannschaften er in der vergangenen Woche in seiner Rede gedachte.

Übersetzt aus dem Englischen.

Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien spezialisiert hat sowie auf Chinas Belt & Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung.

* * *

Bilanz der ukrainischen Juni-Offensive: Kiews Pläne zum Durchbruch gescheitert

<https://freeassange.rtde.live/international/174282-ergebnisse-der-ukrainischen-juni-offensive/>

04.07.2023

Kiews Truppen setzen ihre erfolglosen Angriffsversuche entlang der Frontlinie weiterhin fort. Dabei bleibt die Ukraine mit Kommentaren über die Ergebnisse ihrer Offensive sehr zurückhaltend. Experten sind der Ansicht, dass Kiews Pläne eines Durchbruchs der russischen Verteidigung im Juni scheiterten.

Von Alexei Sakwassin und Jelisaweta Komarowa

Die russische Armee wehrt ukrainische Angriffe an der Front weiterhin ab. Insbesondere versuche das ukrainische Militär, an den Frontabschnitten Donezk, Krasny Liman und Süddonezk vorzustoßen, wie Russlands Verteidigungsministerium meldet. Darüber hinaus versuchten die

ukrainischen Truppen erfolglos, auf der Insel Antonowski in der Nähe der gleichnamigen Brücke im Gebiet Cherson zu landen.

"Am Frontabschnitt Cherson wurden ukrainische Verbände vernichtet, die auf der Insel Antonowski in der Nähe der Antonowski-Brücke landeten. Darüber hinaus wurden im Verlauf des Tages bis zu 20 ukrainischer Militärangehöriger getötet, zwei Kraftfahrzeuge und zwei Haubitzen des Typs M777 aus US-amerikanischer Produktion vernichtet", meldete das russische Verteidigungsministerium.

Die ukrainische Seite gibt ihrerseits ungerne Kommentare zu den jüngsten Ereignissen an der Front und den Ergebnissen der Gegenoffensive ab. Die Leiterin des Vereinigten Pressezentrum der Kräfte zur Verteidigung des Südens der Ukraine Natalja Gumenjuk rief in einer Fernsehsendung am 2. Juli gar dazu auf, komplette Informationsstille zu bewahren. Ihrer Meinung nach muss das Schweigen zu einer Stütze des ukrainischen Erfolgs an der Frontlinie werden.

Die Beamtin sagte den Journalisten, dass die Aktionen des ukrainischen Militärs angeblich durch die Folgen der Sprengung des Damms des Wasserkraftwerks von Kachowka erschwert seien. Außerdem setze Russland aktiv seine Luftstreitkräfte und Raketenkomplexe ein. Dennoch setzten ukrainische Verbände ihre "leistungsstarke Kampfarbeit" mit einem Schwerpunkt auf Artilleriebekämpfung fort, so Gumenjuk.

Etwas offener in Bezug auf die Lage an der Front war in einem Interview mit der Washington Post der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Waleri Saluschny. Er behauptete, dass Aussagen über geringes Tempo der Offensive ihn in Rage bringen, und fügte hinzu, dass die russische Verteidigung mit dem Abzug der Wagner-Gruppe nicht schwächer geworden sei.

"Es ist keine Show, die die ganze Welt beobachtet und Wetten platziert oder Ähnliches. Jeder Tag, jeder Meter wird mit Blut erkaufte. Ohne vollständigen Nachschub erscheinen diese Pläne komplett unerfüllbar, dennoch wird die Arbeit zu ihrer Durchführung fortgesetzt. Möglicherweise nicht so schnell, wie es die Teilnehmer oder Beobachter der Show gerne hätten, doch das ist ihr Problem", betonte Saluschny.

Nach Angaben des Generals stehe er im ständigen Kontakt mit dem US-Generalstabschef Mark Milley und informiere ihn über die Bedürfnisse des ukrainischen Militärs.

Die ukrainischen Militäraktionen, die üblicherweise als Gegenoffensive bezeichnet werden, hatten am 4. Juni begonnen. Zum Hauptschauplatz der Kampfhandlungen wurde das Gebiet Saporoschje, insbesondere in der Nähe der Stadt Orehow entbrannten heftige Kämpfe. Bei den Angriffen auf russische Befestigungen setzte das ukrainische Militär aktiv Panzerfahrzeuge ein, darunter aus westlicher Produktion.

Allerdings erlitten die ukrainischen Truppen bei ihren Versuchen, die russische Verteidigung zu durchbrechen, empfindliche Verluste. Gleich in den ersten Tagen der Kämpfe zerstörten Russlands Streitkräfte bis zu 30 Prozent der aus dem Ausland gelieferten Technik, erklärte Präsident Wladimir Putin bei seinem Treffen mit Kriegsberichterstatern.

Am 21. Juni meldete Russlands Staatsoberhaupt "eine gewisse Beruhigung" an der Front. Gleichzeitig betonte Putin, dass das ukrainische Angriffspotenzial noch nicht erschöpft sei, es gebe Reserven, von denen die Ukraine überlege, wo und wie sie einzusetzen sind. Bin 27. Juni erklärte der Präsident bei einem Treffen mit Militärangehörigen, dass die Ukraine seit dem Beginn der Gegenoffensive 259 Panzer und 780 gepanzerte Fahrzeuge verloren habe.

Trotz alledem setzt die ukrainische Armee nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums

ihre Angriffsversuche an diversen Frontabschnitten fort. In dieser Lage halten die russischen Streitkräfte erfolgreich die Verteidigung und greifen gegnerische Personal- und Technikversammlungen an.

RT sprach mit Militärexperten über die Ergebnisse der Kämpfe im Juni und über Reserven, die das Kiewer Regime im Verlaufe des Sommers zum Einsatz bringen könnte.

Ein Monat ist seit dem Beginn der ukrainischen Gegenoffensive vergangen. Nach Angaben der russischen Seite konnte das ukrainische Militär an keinem der Frontabschnitte Erfolge erzielen. Welches Fazit kann gegenwärtig gezogen werden?

Oberst a. D. Anatoli Matwijtschuk:

Auch wenn der Gegner irgendwo Geländegewinne erzielen konnte, sind das miserable Ergebnisse, die auf Kosten riesiger Verluste an Menschen und Material, darunter an NATO-Technik, erreicht wurden. Für Kiew ist es schlicht sehr wichtig, regelmäßig Erfolge zu melden, besonders im Hinblick auf seine Geldgeber und Kuratoren im Westen.

Am 11. und 12. Juli wird in Vilnius ein Gipfeltreffen der NATO stattfinden. Wie unschwer abzusehen ist, wird dort das Thema Ukraine unabhängig von der Frontlage zentral sein. Die NATO, vor allem die USA, erwarten, dass ihre riesige militärische und finanzielle Hilfe in konkrete Ergebnisse konvertiert wird. Es bleibt eine Woche übrig, doch Wladimir Selenskijs Regime hat bisher nichts vorzuweisen. Vielleicht geht der Gegner vor dem Beginn des Gipfels ein Risiko ein und versucht, noch einmal mit großen Kräften anzugreifen.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann der Schluss gezogen werden, dass Selenskijs Regime versuchte, unsere Verteidigung in Saporoschje zu durchbrechen, um bis nach Melitopol vorzustoßen und unsere Kräfte zu durchschneiden. Ebenso offensichtlich ist, dass sich Kiew nicht mit dem Verlust von Artjomowsk abfand – im Verlauf des Juni versuchte das ukrainische Militär mehrmals, die Flanken kurz vor Artjomowsk zu durchbrechen.

Die Klagen von Gumenjuk und anderen Vertretern des Kiewer Regimes über die negativen Folgen der Sprengung des Damms des Wasserkraftwerks von Kachowka haben den Zweck, die Misserfolge vor dem Westen zu rechtfertigen. Hierzu passt auch Selenskijs jüngste Behauptung, wonach Russland angeblich bereit sei, das Kernkraftwerk von Saporoschje zu sprengen.

Mir scheint, dass gerade nach dem Terroranschlag auf den Damm, der zu einer Verlandung des Dnjepr führte, begann das ukrainische Militär aktiver, am linken Ufer zu landen. Doch unsere Verbände wehren diese Angriffe beständig ab. Ich vermute, dass das ukrainische Militär durch die Sprengung des Damms unsere Verteidigung erschweren wollte, doch im Endeffekt schafften sie zusätzliche Probleme für sich selbst.

Militärexperte Oberst a. D. Wiktor Litowkin:

Das Kiewer Regime stellt nicht umsonst bei jeder Gelegenheit die Frage nach der Luftwaffe. Das Fehlen von Kampfflugzeugen, multifunktionalen Jägern und Kampfhubschraubern erschwert jeden Vormarsch erheblich. In den letzten Jahrzehnten ist es gerade die Luftüberlegenheit, die es erlaubt, große gegnerische Kräfte zu Lande anzugreifen.

Russland verfügt über diese Möglichkeit. Unsere Luft- und Weltraumstreitkräfte greifen Ansammlungen von Infanterie und Technik an und hindern den Gegner daran, ausreichende Kräfte für einen Durchbruch der Verteidigung an einzelnen Abschnitten zu konzentrieren. Im Verlaufe des Juni schafften es die ukrainischen Truppen an vielen Abschnitten nicht einmal bis zur unseren

ersten Verteidigungslinie, also den Schützengräben.

Natürlich möchte die Ukraine nicht solche Ergebnisse auf dem Gipfel in Vilnius vorweisen. Gerade aus diesem Grund erklingen Behauptungen über "leistungsstarke Kampfarbeit" und die Notwendigkeit der "Informationsstille".

Das ukrainische Militär hat keine Erfolge. Das Beste, das ihnen gelang, ist, einige Dörfer in der grauen Zone zu besetzen, wo es schlicht keine Truppen gibt. Doch selbst von dort fliehen die Banderisten oft, denn sie werden von unserer Artillerie und Luftstreitkräften angegriffen.

Soweit ich es beurteilen kann, scheiterte im Juni ein weiterer gegnerischer Plan. Kiew glaubte, eine Offensive nach der Verlandung des Dnjeprs organisieren zu können. Doch das Gebiet, das früher den Flussboden darstellte, ist heute von tiefem Schlamm bedeckt, Fahrzeuge werden dort entweder stecken bleiben oder zu leichter Beute für unsere Artillerie werden. Deswegen traute sich Kiew nicht, über den Dnjepr zu gehen.

Ist zu erwarten, dass Kiew trotz der Misserfolge im Juni in diesem Sommer Angriffe auf russische Stellungen fortsetzt? Hat das ukrainische Militär die dafür notwendigen Kräfte und Reserven?

Militärpolitologe Iwan Konowalow:

Ich denke, dass sich Kiew jetzt schon darauf vorbereitet, was als der zweite größere Versuch der Gegenoffensive bezeichnet werden könnte. Die jetzigen zeitweiligen Aktionen des ukrainischen Militärs sind ein Versuch, einen möglichst günstigen Informationshintergrund zu schaffen. Auf diese Weise bestätigt Selenskijs Regime seine Bereitschaft, das erklärte Ziel weiterzuverfolgen, bis zu den Grenzen von 1991 zu kommen.

Dabei verstehe ich ehrlich gesagt nicht ganz, wie das ukrainische Militär beabsichtigt, unsere Verteidigungslinien zu überwinden.

Im Juni erlitten sie große Verluste beim Versuch, unsere Minensperren zu durchbrechen. Dabei ist die russische Verteidigung gestaffelt. Nach den Minenfeldern folgt die erste Verteidigungslinie, hinter der sich einige weitere befinden.

Wahrscheinlich wird Kiew auch während der zweiten Welle der Gegenoffensive große Verluste erleiden und nicht von der Stelle kommen. Doch hat das ukrainische Militär genügend Menschen und Technik, um unsere Stellungen wieder und wieder auf ihre Festigkeit zu testen.

Natürlich wertet der Gegner die unglückliche Erfahrung der ersten Angriffe im Juni aus. In letzter Zeit schickt das ukrainische Kommando kleine mobile Verbände in den Angriff, die eine Art Mischung aus Kampfaufklärung und Sturm unternehmen. Eine solche Taktik kann uns Unannehmlichkeiten bereiten, aber nicht die Front durchbrechen.

Oberst a. D. Anatoli Matwijtschuk:

Die Erfahrung der gescheiterten Juni-Offensive besagt, dass das ukrainische Militär Flugzeuge, eine große Menge an Pioniergerät und noch mehr Artilleriegeschütze und Munition benötigt. Der Westen versteht das, und die Wahrscheinlichkeit, dass unser Gegner all dies in absehbarer Perspektive erhält, ist groß.

Dennoch wird das ukrainische Militär im Verlaufe des Sommers wahrscheinlich eine neue Gegenoffensive beginnen, ohne all dies abzuwarten. Dazu hat der Gegner frische Stoßreserven. Er kann viel mehr Landstreitkräfte in den Kampf schicken als im ersten Sommermonat.

Militärexperte Oberst a. D. Wiktor Litowkin:

Für mich ist offensichtlich, dass das Kiewer Regime weiterhin Reserven in den Kampf werfen wird, besonders im Vorfeld des NATO-Gipfels. Dennoch birgt ein solches Verheizen von Menschenmaterial das Risiko von großen Problemen bei der Aufstockung der ausgebluteten Verbände.

Ihrerseits sollten Russlands Streitkräfte ihre Wachsamkeit bewahren. Die Misserfolge unseres Gegners im vergangenen Monat sollten uns nicht entspannen lassen. Der Gegner hat immer noch Ressourcen übrig, und wir müssen sie vernichten und dabei seine Bereitschaft ausnutzen, verbissen und erfolglos anzugreifen.

Übersetzt aus dem Russischen.

* * *

Nuklearkatastrophe als letzte Chance: Kiew bleibt eine Woche

<https://freeassange.rtde.live/international/174349-nuklearkatastrophe-als-letzte-chance-kiew/>

04.07.2023

Vor dem Hintergrund der stockenden ukrainischen Offensive und im Vorfeld des NATO-Gipfels in Vilnius bemüht sich das Kiewer Regime um weitere westliche Unterstützung. Dafür könnte es eine nukleare Provokation am russisch kontrollierten Kernkraftwerk von Saporoschje versuchen.

Von Sergei Sawtschuk

In den letzten Tagen schüren ukrainische und westliche Medien nach Kräften die Hysterie um das Atomkraftwerk von Saporoschje, wo Russland angeblich plane, eine Katastrophe zu verursachen. Kiews Behauptung zufolge hätten russische Militärangehörige mit Sprengstoff beladene Lastkraftwagen auf das Gelände des Kraftwerks gebracht und würden angeblich planen, sie später zu sprengen, um ein "zweites Tschernobyl" im regionalen Maßstab zu schaffen.

Diese Situation ist eine genaue Kopie der Ereignisse von vor einem Monat, als Kiew nach einer vorausgehenden Hysterie den Damm des Wasserkraftwerks von Kachowka sprengte. Dies führte zur Überschwemmung von großflächigen Territorien im Unterlauf des Dnjeprs und fügte dem Ökosystem am Lauf des Hauptflusses der Ukraine einen irreparablen Schaden zu, wie alle Quellen ausnahmslos angeben. Damals überschlugen sich die Trommeln der russophoben Propaganda bei den Versuchen, alle Schuld Moskau zuzuschreiben. Freilich erschienen sehr rasch ukrainische und westliche Publikationen von vor einem Jahr, die genüsslich über ukrainische Raketenangriffe auf die Schleusen sowie Trainings für den Einsatz von unbemannten Sprengbooten berichteten. All diese Meldungen wurden umgehend gelöscht, doch am Gesamtbild änderte sich nichts.

Heute räumt selbst das Oberkommando der Ukraine ein, dass die viel beworbene Gegenoffensive praktisch vor der gestaffelten Abwehr der russischen Streitkräfte stecken geblieben ist und erfolglos versucht, sich daran den Kopf einzuschlagen, und dabei Personal und wertvolles westliches Militärgerät verliert. Um diese Verluste auszugleichen, wurde bereits in vier ukrainischen Gebieten die totale Mobilmachung ausgerufen. Doch damit die Bevölkerung ruhig bleibt und die westlichen Sponsoren die Waffenlieferungen nicht einstellen, wurde nun der zweite Akt dieser in ihrer Skrupellosigkeit ungeheuerlichen Inszenierung entworfen und wird vor unseren Augen ausgeführt. Selbst mit bloßem Auge ist die gleiche Vorgehensweise zu erkennen.

Zum Zeitpunkt der Sprengung befand sich das Wasserkraftwerk von Kachowka unter russischer Kontrolle, seine einzige funktionierende Krafteinheit wurde von Spezialisten des russischen Wasserkraftwerkbetreibers RusHydro gewartet. Alle Reaktoren des Kernkraftwerks von Saporoschje sind schnellabgeschaltet und werden von Mitarbeitern des russischen Atomkonzerns Rosatom gewartet. Als der Stausee noch intakt war, gewährleistete er eine reibungslose Wasserversorgung der Krim, verhinderte eine Überschwemmung der russischen Militärstellungen am linken Dnjepr-Ufer und garantierte eine produktive landwirtschaftliche Saison in den neuen russischen Regionen. Doch das Wichtigste ist, dass das Wasser des Dnjeprs von kritischer Bedeutung für den Betrieb des Kernkraftwerks von Saporoschje ist, wo es zur Kühlung eingesetzt wird.

Nachdem der Staudamm gesprengt wurde, die Verlandung des Dnjeprlaufs dem ukrainischen Militär aber keine greifbaren Vorteile an der Front brachte, beschlossen die unsichtbaren Puppenspieler, die Einsätze bis zum Äußersten zu steigern. Und nebenbei wird ganz zufällig in einer Woche in Vilnius ein weiterer NATO-Gipfel stattfinden, wo Selenskij Europa mit einer Nuklearkatastrophe erschrecken und ihm dabei weitere Panzer und Flugzeuge abpressen kann. Wie auch im Fall der Sprengung des Wasserkraftwerks würde ein hypothetischer Unfall am Kernkraftwerk von Saporoschje Russland zahlreiche Probleme bescheren. Die ukrainische Seite könnte dagegen unter dem Vorwand einer radioaktiven Verseuchung den Abzug russischer Truppen vom Territorium eines ganzen Gebiets und zumindest einen Einmarsch von internationalen Friedenstruppen fordern. Oder noch besser – von ukrainischen Truppen, die seit einem Jahr erfolglos versuchen, mit Booten im Umland des Kraftwerks zu landen und irgendetwas zu sabotieren.

Betrachtet man die praktische Wahrscheinlichkeit der Bedrohung, ist anzumerken, dass die Gefahr tatsächlich existiert.

Die Reaktoren selbst kann die ukrainische Seite grundsätzlich nicht beschädigen, denn sie verfügt über keine Waffen, die leistungsfähig genug wären, den Sicherheitsbehälter des Reaktors zu durchbrechen. Sowjetische Standards zum Bau von Kernkraftwerken, die bis heute in Russland gültig sind, garantieren, dass selbst der Einschlag eines Verkehrsflugzeugs den Reaktor mit Sicherheit nicht beschädigen könnte. Genauso wenig Sorgen sollte das Becken bereiten, wo Behälter mit verbrauchtem Kernbrennstoff im Wasser verwahrt werden. Am Kernkraftwerk von Saporoschje befinden sie sich innerhalb des Sicherheitsbehälters und sind daher ebenfalls vor äußeren Einwirkungen geschützt.

Doch all diese Vorsichtsmaßnahmen sind auf Friedenszeiten ausgerichtet, weswegen es auch verwundbare Stellen gibt.

Das Hauptproblem ist das Dnjeprwasser. In Reaktoren des Typs WWER-1000 wird das Wasser im geschlossenen Zyklus verwendet, muss aber trotzdem regelmäßig ausgetauscht werden. Sollte es der Ukraine gelingen, mithilfe sowjetischer Totschka-U-Raketen oder westlicher Storm Shadows, den Damm des Kühlteichs zu zerstören, kann dies unvorhersehbare Folgen haben. Es ist zwar unmöglich, eine Kettenreaktion und eine nachfolgende Explosion eines abgeschalteten Reaktors auszulösen, doch wird im Fall eines Wassermangels die Temperatur in der Aktivzone ansteigen. Hierzu sei angemerkt, dass die bereits erwähnten sowjetischen Standards vorsehen, dass ein Kernkraftwerk über mindestens drei Wasserquellen verfügen muss. Damit besteht die Hoffnung, dass die Mitarbeiter am Reaktor von Saporoschje mithilfe russischer Pioniere eine Reservekühlung aus Brunnen eingerichtet haben.

Die verwundbarste Stelle des Kraftwerks bleibt zweifellos das Trockenlager des verbrauchten

Kernbrennstoffs, das sich unter freiem Himmel befindet. Natürlich verfügen die Transportbehälter über eine hinreichende Festigkeit, doch inwieweit sie einem direkten Raketeneinschlag widerstehen können, ist schwer zu sagen.

Um zu verstehen, wer tatsächlich eine Provokation am nicht betriebenen Kraftwerk vorbereitet, sei hinzugefügt, dass der ukrainische Oberbefehlshaber Waleri Saluschny am Montag unerwartet das Kernkraftwerk von Rowno besucht hat. Nach den veröffentlichten Videos zu urteilen, interessierten ihn vor allem die Schutzsysteme der Reaktoren und die Frage, wie weit sich die Verseuchung verbreiten könnte.

Zum Betrübnis der westlichen Operettenmedien wurde die sorgfältig geschürte Hysterie vom Oberhaupt der Internationalen Atomenergie-Organisation Rafael Grossi in einer Sendung des französischen Fernsehkanals France 24 zerstört. Grossi erklärte, dass die am Kernkraftwerk von Saporoschje ständig präsente Beobachtermision kein einziges Fahrzeug mit Sprengstoff oder irgendwelche sonstigen Vorbereitungen auf eine Sprengung gesehen habe. Es bleibt nur zu hoffen, dass der Westen geistig noch nicht so unwiederbringlich verloren ist, dass die Kriegstreiber Kiew zu einem neuen menschengemachten Tschernobyl anzetteln werden.

Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei RIA Nowosti.

* * *

Ein nuklearer Zwischenfall am AKW Saporoschje ist ausgeblieben – vorerst

<https://freeassange.rtde.live/europa/174454-ein-nuklearer-zwischenfall-am-akw-saporoschje-ist-ausgeblieben-vorerst/>

06.07.2023

Am Dienstag hat der russische Atomkonzern Rosenergoatom vor einer nächtlichen ukrainischen Attacke auf das AKW Saporoschje gewarnt. Das US-amerikanische Institute for the Study of War schätzte am selben Tag einen radiologischen Zwischenfall durch Russland als unwahrscheinlich ein. Ist die Gefahr nun wirklich gebannt?

Seit Wochen bezichtigt die Regierung in Kiew Russland Anschlagplänen auf das größte Atomkraftwerk Europas Saporoschje. Die Angaben wechselten dabei. Zunächst hieß es, Russland habe auf das Werkgelände mit Sprengstoff beladene Lkw herangekarrt. Das Inspektionsteam der internationalen Atombehörde IAEA konnte derartige Pläne nicht bestätigen. Am Dienstag hieß es dann, Russland habe Sprengsätze an den Dächern des dritten und vierten Reaktorblocks angebracht, um die Folgen eines angeblichen Beschusses durch die Ukraine zu simulieren.

Am Dienstagabend holte Russland zu einem informationellen Gegenangriff auf. Der Berater des Generaldirektors des russischen Atomkonzerns Rosenergoatom Renat Kartschaa hat erklärt, dass Kiew vorhabe, das AKW in der Nacht zum 5. Juli mit Hochpräzisionswaffen und Kamikaze-Drohnen anzugreifen. Ihm zufolge wollte die Ukraine das Kraftwerk auch mit einer Totschka-U-Rakete mit einem mit radioaktivem Abfall gefüllten Sprengkopf treffen.

Ein Zwischenfall ist ausgeblieben. Am Mittwoch merkte Kartschaa an, dass die proaktive Öffentlichkeitsarbeit seines Unternehmens dazu beigetragen habe, die Ukraine von einem Angriff auf das Atomkraftwerk abzuhalten.

"Mit der Erklärung von gestern Abend haben wir vor den möglichen Folgen gewarnt, um Menschen, die ihren Verstand und ihre Vernunft völlig verloren haben, von Handlungen abzuhalten,

die zu einer Katastrophe führen können. Und wenn das bisher gelungen ist, dann sind wir damit zufrieden", sagte er im russischen Fernsehen.

Der russische Journalist und Ukraine-Experte Wassili Stojakin weist darauf hin, dass das Institute for the Study of War in seiner Presseerklärung am 4. Juli eine "Entwarnung" gegeben habe. Zwar geht die regierungsnahe US-Thinktank grundsätzlich von russischen Handlungen für "die Schaffung von Bedingungen für einen möglichen Angriff unter falscher Flagge" aus, merkt aber an, dass es unwahrscheinlich sei, "dass Russland derzeit einen radiologischen Zwischenfall im AKW Saporoschje verursacht".

Laut dem Experten ist das Institut nicht irgendein Thinktank, sondern Stichwortgeber für ukrainische Medien und damit eine Art Kommunikationskanal für Entscheidungen, die in Washington getroffen werden:

"Die Schlussfolgerung, dass der Vorfall unwahrscheinlich sei, ist also mit ziemlicher Sicherheit eine Form des Verbots solcher Manipulationen durch das 'Washingtoner Zentralkomitee'."

Stojakin zufolge könnte die Explosion mit radioaktiven Folgen bei einer andauernden ukrainischen Offensive durchaus Sinn ergeben, um der russischen Seite die Verteidigung zu erschweren. Die Ukrainer könnten durch die Mobilität ihrer Truppen den Folgen einer möglichen Kontamination besser entgegen kommen als die Verteidiger, die ihre Positionen nicht verlassen können. Damit wären sie einer stärkeren Strahlenbelastung ausgesetzt als die Angreifer.

Für diese These spricht auch die Tatsache, dass ukrainische Medien noch vor Wochen eine aktive Kampagne für die Bevölkerung zum radioaktiven Schutz gestartet hatten. Die Verseuchung könnte auch durch eine sogenannte "schmutzige Bombe" verursacht werden, also die Streuung radioaktiver Elemente durch den Angriff mit einem entsprechend beladenen Gefechtskopf. Hierzu skizziert der Experte folgendes Szenario:

"Mit dem Erhalt des radioaktiv verseuchten Gebiets erhält die Ukraine ein weiteres Instrument zur Manipulation der globalen Agenda. Die Ukraine wird nun in der Lage sein, Geld für die Dekontamination der Gebiete und die Behandlung der Opfer zu verlangen. Nun, wenn das Gebiet aus irgendeinem Grund russisch bleibt, dann soll das Russlands Kopfschmerzen bereiten."

Viele russische Experten verknüpften die Gefahr einer möglichen Provokation am Atomkraftwerk mit dem wegweisenden NATO-Gipfel, der am 11. und 12. Juli im litauischen Vilnius stattfinden wird. Bei diesem Gipfel wird über die Lieferung von US-Jagdbombern F-16 und weiterer moderner westlicher Waffen an die Ukraine entschieden. Deshalb muss Präsident Wladimir Selenskiy nachweisen, dass es sich für den Westen immer noch lohnt, in weitere militärische Unterstützung der Ukraine zu investieren.

Der Angriff in der Nacht zum 5. Juli wäre deshalb der dafür passende Termin gewesen, meint der Experte für Fragen der Nuklearsicherheit und Umweltschutz Maxim Schingarkin im Interview mit der russischen Zeitung MK:

"Bis zum Gipfel müssen die Ereignisse selbst stattgefunden haben, und ihre Überprüfung muss erfolgt sein. Es müssen Experten hinzugezogen und Messungen vorgenommen werden. Daher brauchen sie eine gewisse Zeitspanne. Daher war die Wahrscheinlichkeit, dass sie dies am Unabhängigkeitstag (am 4. Juli) tun würden, sehr hoch. Aber es ist uns gelungen, die USA davon zu überzeugen, dass es für sie in einem Skandal enden würde."

Der Vorwurf des Nuklearterrorismus gegen Russland könnte nur im Falle einer angeblichen Verzweiflungstat halbwegs plausibel erscheinen, betont der Experte. "Ein solches Szenario wurde geschrieben: Eine erfolgreiche Offensive der AFU, Truppen umzingeln Energodar, benachbarte Gebiete gehen hinter die Linien der russischen Armee, und in Verzweiflung sprengt Russland das Kernkraftwerk. Aber jetzt ist nichts dergleichen zu sehen."

Ähnlich skeptisch bewertete die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios auch das ukrainische Nachrichtenportal *Strana*: "Die Russen könnten das Kraftwerk theoretisch in die Luft jagen, um den weiteren Vormarsch der AFU zu behindern, vorausgesetzt, Moskau ist bereit, die Umweltschäden auf russischem Territorium und der Krim sowie die potenziell sehr ernstesten außenpolitischen Folgen, auch für Rosatom, zu ignorieren."

Theoretisch real sei hingegen die Imitation eines angeblich gescheiterten ukrainischen Angriffs auf das Atomkraftwerk durch Russland. Diese würde keine ernsthaften radioaktiven Folgen nach sich ziehen, könnte aber Russland den Anlass geben, die Ukraine einer Nuklearprovokation zu bezichtigen. *Strana* weist darauf hin, dass Reaktorblocks der Station gut geschützt seien. Viel eher könnten aber die Behälter mit Nuklearabfällen zum Ziel der Angriffe werden. Es sei aber technisch möglich, diese an einen sicheren Ort abzutransportieren, schätzt *Strana*.

Ein wie auch immer gearteter nuklearer Zwischenfall am Atomkraftwerk ist ausgeblieben. Doch die Gefahr sei nicht gebannt, so der Ukraine-Experte Stojakin. "Irgendwann und unter bestimmten Bedingungen (z. B. bei einer erfolgreichen russischen Offensive) könnten die USA zu dem Schluss kommen, dass die Kosten für den Einsatz radiologischer Waffen nicht so hoch sind. Außerdem müssen wir den Wahnsinn Kiews bedenken, der nicht vollständig von den USA kontrolliert wird."

* * *

Meinung

USA erkennen die Hilflosigkeit der eigenen "Wunderwaffen" in der Ukraine

<https://freeassange.rtde.live/meinung/173985-usa-erkennen-hilflosigkeit-eigenen-wunderwaffen/>

01.07.2023

Nachdem sich westliche Waffen in der Ukraine als nicht so effektiv erwiesen haben, wie sie beworben wurden, ändern die westlichen Medien ihren Ton und versuchen, die Probleme dem Publikum zu erklären. Eine Änderung der Politik der Waffenlieferungen an Kiew ist aber nicht zu erwarten.

Von Kirill Strelnikow

Die exorbitanten Verluste westlicher Militärtechnik während der ukrainischen Gegenoffensive sind selbst im Westen so unübersehbar geworden, dass die Zeitschrift The National Interest schließlich einen Artikel voller Rechtfertigungen veröffentlichte. Dessen Botschaft lautet: "Was haben Sie denn erwartet?!"

Die Hauptidee der überraschenden Offenbarungen besteht darin, dass sich die US-amerikanische Technik als zu gefährlich und zu unhandlich für die ukrainische Armee erwiesen habe. Dem ratlosen westlichen Publikum, das lange und beharrlich mit Mythen über allmächtige amerikanische Waffen gefüttert wurde, wird inzwischen berichtet, dass die "kampferprobten und praktisch unzerstörbaren" Abrams-Panzer in der Ukraine grundsätzlich nicht kämpfen können. Es habe sich herausgestellt, dass sie sich wegen ihrer Masse nicht durch den ukrainischen Schlamm bewegen können, dass Brücken unter ihrem Gewicht zusammenbrechen, dass es für sie in der Ukraine schlicht keinen Treibstoff (Flugbenzin) gibt, und dass sie im Feld und unter Kampfbedingungen überhaupt nicht repariert werden können. So müsse ein Abrams-Panzer zum Austausch beschädigter Optik fast bis zu den Ketten auseinandergebaut werden und die ganze Elektronik müsse ausgetauscht werden. Und all das könne nur in speziellen europäischen, mit Kaffeemaschinen ausgestatteten Depots getan werden. Westliche Spezialisten nennen die Reparatur der Abrams-Panzer offen "die Hölle auf Erden".

Im Gegensatz zu den Abrams-Panzern, für die die braven ukrainischen Besatzungen erst ausgebildet werden, war der US-amerikanische Schützenpanzer Stryker während der Gegenoffensive bereits gesichtet worden, wo er zusammen mit der restlichen westlichen Technik lichterloh brannte. Doch offenbar bestehe das Problem nicht im Geschick der russischen Soldaten. Nach Angaben der Autoren des Artikels gelte der Stryker a priori als eine "Todesfalle", da er unter zahlreichen Problemen leide. Die Panzerung sei schwach und nicht durchdacht, der Motor werde durch den von den Rädern aufgewirbelten Schmutz verstopft, die Monitore des Kommandanten würden nicht funktionieren und die Sicherheitsgurte für die transportierten Truppen seien so schlecht, dass bei einem Überschlag des Stryker im Inneren alles zu Brei zerquetscht werde.

All das klingt glaubwürdig: Nach den Angaben, die der Sekretär des russischen Sicherheitsrats dem Präsidenten Wladimir Putin jüngst vorlegte, hätten die russischen Streitkräfte in der Ukraine zwischen dem 4. und 21. Juni etwa eintausend ukrainische Schützenpanzer, gepanzerte Mannschaftstransporter und Panzerwagen vernichtet. Etwa die Hälfte davon machten die westlichen "Wunderwaffen" Stryker, Bradley, Marder, MaxxPro, Humvee und M113 aus.

Die zu den "besten der Welt" zählenden Leopard-2-Panzer bekamen ebenfalls eine Abreibung.

Nach Patruschews Angaben seien 13 davon vernichtet worden, obwohl Quellen auf Kiews Seite von etwa 40 verlorenen Panzern sprechen. Ebenso zerstört wurden die "weltbesten" deutschen Panzerhaubitzen 2000 und Dutzende US-amerikanischer Wunderhaubitzen M777, die massenhaft nach wenigen Dutzend Schuss versagen.

Insgesamt wurde Russlands spezielle Militäroperation zu einer regelrechten Zerstörer der Mythen von der Unbesiegbarkeit und Überlegenheit westlicher Waffen. Panzerabwehrkomplexe Javelin, die anfangs vom ukrainischen Militär buchstäblich angebetet wurden, verschwanden sehr schnell aus den westlichen Schlagzeilen. Dasselbe Schicksal ereilte den "Mörder der russischen Radare" Switchblade 300, die Luftabwehrkomplexe Stinger, die "den Himmel über der Ukraine klären" sollten und praktisch alle vielbeworbenen Wunderwaffen.

Nach sehr vorsichtigen Schätzungen vernichtete Russland mindestens ein Drittel aller vom Westen an Kiew gelieferten Waffen und produziert fünf bis sieben Mal mehr Munition als der ganze Westen zusammen. Dies garantiert die Zerstörung aller Waffen, die gegen die russischen Streitkräfte eingesetzt werden.

Das Interessanteste ist, dass die westlichen Herren des Kiewer Regimes sehr gut wissen, was ihre Militärtechnik erwartet, und diesbezüglich keine Illusionen haben. Es drängt sich die Frage auf: Wozu an Kiew Waffen und Technik liefern, die garantiert vernichtet werden? Wozu ukrainische Besatzungen der Abrams-Panzer und Piloten der F-16-Jets ausbilden, wenn die Panzer verbrannt und die Flugzeuge abgeschossen werden?

Die Antworten sind frei verfügbar, denn der Westen macht kein Geheimnis daraus.

Nach Angaben einer Publikation des CNN betrachtet die Militärführung der USA und der NATO den Konflikt in der Ukraine als ein "absolutes Testgelände", wo westliche Waffen in einem Krieg zwischen "industriell entwickelten Nationen" erprobt werden. Für die westliche Rüstungsindustrie sei die Ukraine eine "unglaubliche Quelle von Daten" über die Nutzung bestimmter Waffensysteme im Kampf gegen einen starken Gegner.

Selbst in Anbetracht der Milliarden US-Dollar, die führende westliche Rüstungskonzerne an Waffenlieferungen an die Ukraine verdienen, sind solche Informationen regelrecht unbezahlbar. Um sie zu erlangen, werden die USA beliebige Mengen an Militärtechnik opfern.

Dabei wird ruhigen Gewissens die Tatsache ausgeklammert, dass zusammen mit der westlichen Technik zehntausende ukrainische Soldaten vernichtet werden. Doch wer kümmert sich im Westen schon darum?

Um die geschwächte Kampfmoral der ukrainischen Soldaten wieder anzuheben, werden sie bis zuletzt mit Mythen über weitere Wunderwaffen gefüttert werden, doch wird dies nichts am unausweichlichen Ergebnis ändern.

Russlands Armee hat bereits der ganzen Welt bewiesen, dass keine Menge an vielbeworbenen westlichen Waffen ihren Sieg verhindern wird und kein Wunder zu erwarten ist.

Russland wird in jedem Fall das, was es begonnen hat, zu Ende führen, denn russische Granaten wissen nichts von den wundersamen Eigenschaften westlicher Technik. Letztere wird vollständig zerstört und zur Hölle geschickt werden, wo sie hingehört.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen bei RIA Nowosti.

* * *

"Haltet den Dieb": Immer mehr Anzeichen für baldige Kiewer Provokation im AKW Saporoschje

<https://freeassange.rtde.live/meinung/174119-haltet-dieb-immer-mehr-anzeichen/>

01.07.2023

In den letzten Wochen mehrten sich die Anzeichen, dass das Kiewer Regime noch vor dem NATO-Gipfel in Litauen eine False-Flag-Aktion im Atomkraftwerk Saporoschje unternommen wird, um danach Russland zu beschuldigen und der NATO den Vorwand für das direkte Eingreifen in den Krieg zu liefern.

Von Anton Gentzen

Das offizielle Kiew beschuldigt Russland, die Sprengung des Atomkraftwerkes in Saporoschje zu planen. Die Intensität dieser absurden Anschuldigung (warum sollte Russland eine nukleare Katastrophe herbeiführen, von der in erster Linie die Krim, der Donbass und sogar international anerkanntes russisches Territorium um Rostow, Krasnodar und Wolgograd betroffen wären?) hat in den letzten Tagen ein Ausmaß angenommen, das neben anderen Anzeichen darauf hindeutet, dass sich das Kiewer Regime in seiner Verzweiflung ob der ausbleibenden militärischen Erfolge nun endgültig entschlossen hat, die nukleare Provokation auszuführen und dies womöglich schon in den nächsten Tagen.

Den ukrainischen Anschuldigungen gegen Russland sah sich nun selbst die sonst wortkarge Internationale Atomenergiebehörde IAEA zu widersprechen genötigt, die sich bislang standhaft weigerte, die Ukraine als offensichtlichen Urheber des regelmäßigen Beschusses des AKWs zu benennen. Sie veröffentlichte einen Bericht ihrer im AKW anwesenden Beobachter, wonach es keine Anzeichen für die von Kiew behauptete Verminung der Anlage gebe.

Dagegen gibt die Hartnäckigkeit, mit der die Kiewer Offiziellen über die Katastrophe so sprechen, als sei sie bereits unausweichlich, Anlass zur ernststen Sorge.

Im ukrainischen Fernsehen laufen immer wieder Videos mit Hinweisen dazu, wie man sich im Fall einer nuklearen Katastrophe und der Freisetzung von Radioaktivität zu verhalten hat. Auch der von den USA finanzierte Sender Swoboda (aus dem Konglomerat Radio Liberty/ Radio Free Europe) hat einen solchen Videoclip produziert.

Miroslawa Berdnik spricht das Offensichtliche aus:

"Die Behörden bereiten die Bevölkerung auf die Alternativlosigkeit einer nuklearen Explosion im Kernkraftwerk Saporoschje vor. Über verschiedene Medien wurden Anweisungen darüber verbreitet, was im Falle einer Nuklearexplosion zu tun ist."

Der Kiewer Regierungsinsider "Resident" schreibt auf seinem Telegram-Kanal:

"Für die nächste Eskalationsstufe des Krieges ist alles vorbereitet, vor dem NATO-Gipfel (in Litauen) wird es einen Unfall im Kernkraftwerk Saporoschje geben."

Er beruft sich dabei auf den Vorsitzenden des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexei Danilow, der öffentlich ankündigte, dass "der russische Terrorakt im AKW Saporoschje als Einsatz von Atomwaffen gewertet" werden wird. Damit hat er auch das Motiv des Kiewer Regimes offengelegt, das hinter der Provokation steht.

Es ist unwahrscheinlich, dass es sich dabei um die eigene Antizipation von Danilow, der von Beruf Hundezüchter ist, handelt. Er verkündet hier vielmehr das, was ihm die operativen Führungsebenen in London und Washington aufgetragen haben; diejenigen, die über die globale Medienmacht

verfügen, dank welcher eine False-Flag-Aktion überhaupt Erfolg haben kann.

Selenskij, schreibt "Resident" unter Berufung auf seine Quelle in der ukrainischen Präsidentschaftsverwaltung in einer anderen Nachricht, werde nach der Provokation im AKW die Beteiligung von NATO-Truppen in die Ukraine fordern. Das Scheitern der groß angekündigten ukrainischen Offensive habe "die ukrainischen Streitkräfte daran gehindert, ihre Fähigkeit zu demonstrieren, die Grenzen der Krim zu erreichen" und deshalb halten die Machthaber in Kiew (und deren Herren in Übersee) nun ein radikales Eskalationsszenario für erforderlich.

Zuvor hatte dieser Insider ebenfalls unter Berufung auf eine Quelle in Selenskijs Büro behauptet, dass die Sprengung des AKW Saporoschje pünktlich vor dem Beginn des NATO-Gipfels in Vilnius ausgeführt werden wird.

In der Gesamtschau aller Anzeichen sollte man die Gefahr ernst nehmen: Alles spricht dafür, dass Kiew die False-Flag-Aktion unternimmt, um den Westen zum direkten Eingreifen in den Krieg zu zwingen. Es ist wieder einmal der Dieb, der am lautesten "Haltet den Dieb" ruft.

* * *

Der Dolch im Unterbauch: Wie der Westen eine weitere Front gegen Russland eröffnet

<https://freeassange.rtde.live/meinung/174127-dolch-im-unterbauch-wie-westen/>

02.07.2023

Zentralasien rückt zunehmend in den Fokus der EU und der USA bei deren Bemühungen, Russland zu schwächen und dem Land in seine Ostflanke zu grätschen.

Von George Trenin

Im ersten Halbjahr 2023 waren sowohl die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten spürbar aktiv in Zentralasien zugegen – einer Region, die von Experten auch als Russlands "weicher Unterbauch" bezeichnet wird. Viele westeuropäische und amerikanische Politiker und Diplomaten besuchten die Region und versuchten, die ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisistan und Turkmenistan im anhaltenden Konflikt mit Moskau auf ihre Seite zu ziehen.

Der Westen möchte diese Staaten davon überzeugen, die Sanktionen gegen Russland zu unterstützen und Parallelimporte in das Land zu unterbinden. Dafür wurden den Ländern sogar Entschädigungen für drohende finanzielle Verluste versprochen. Darüber hinaus betrachten westeuropäische Staats- und Regierungschefs Länder wie Kasachstan als eine Quelle natürlicher Ressourcen, die möglicherweise jene von Russland ersetzen könnten.

Durch diese jüngste Aufmerksamkeit aus dem Westen wird sich Zentralasien zunehmend seiner eigenen geopolitischen Bedeutung bewusst. Aber wird dies dazu führen, dass die Staaten dieser Region ihre Beziehungen zu Russland abbrechen, wie es sich der Westen erhofft?

Die Stammgäste

Vergangene Woche fand in Astana, der Hauptstadt von Kasachstan, der 10. politische Dialog zwischen der EU und Zentralasien statt. Diese eher kleine Veranstaltung auf dem globalen diplomatischen Parkett war der Erörterung des weiteren Vorgehens gewidmet, um jene Resolutionen umzusetzen, die auf dem größeren Gipfeltreffen Anfang Juni in der kirgisischen Stadt

Tscholponata verabschiedet wurden, und an dem alle zentralasiatischen Staats- und Regierungschefs sowie der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, teilnahmen.

Im vergangenen Jahr sind die Besuche des Präsidenten des Europäischen Rates in Zentralasien – einer Region, die für Brüssel bis vor Kurzem kaum von Interesse war – zur Regelmäßigkeit geworden. Der allererste EU-Zentralasien-Gipfel, an dem der Belgier teilnahm, fand vor weniger als einem Jahr, im Oktober 2022, in Kasachstan statt – nur acht Monate nach Beginn der russischen Offensive in der Ukraine. Der nächste Gipfel zwischen der Führung der EU und den fünf zentralasiatischen Staaten wird nächstes Jahr in Usbekistan stattfinden.

Es sieht so aus, als sei die diesjährige Veranstaltung eine Reaktion auf den ersten China-Zentralasien-Gipfel, der in der zweiten Hälfte des vergangenen Mai in Xi'an stattfand. Doch tatsächlich scheint Peking seinen westeuropäischen Konkurrenten hinterherzuhinken, die zeitgleich das EU-Zentralasien-Wirtschaftsforum in der kasachischen Stadt Almaty abhielten. An diesem nahmen hochrangige Vertreter der EU-Kommission teil, außerdem Vertreter der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der OECD und weitere private Organisationen. Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan wurden durch ihre Regierungschefs vertreten, die usbekische Delegation wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und die turkmenische Delegation vom Finanz- und Wirtschaftsminister angeführt.

Auch Vertreter des US-Außenministeriums unternahmen zahlreiche Reisen nach Zentralasien. Im Februar besuchte Außenminister Antony Blinken Kasachstan und Usbekistan. Auch seine Assistenten im Büro für Angelegenheiten in Süd- und Zentralasien, Donald Lu und Uzra Zeya, waren regelmäßig Gäste in der Region. Im März besuchte der EU-Sanktionsbeauftragte David O'Sullivan Kirgisistan. Im April stattete er in Begleitung von Elizabeth Rosenberg, der stellvertretenden Ministerin für die Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus und der Finanzkriminalität im US-Finanzministerium, Kasachstan und Usbekistan einen Arbeitsbesuch ab.

Die Interaktion zwischen Washington und Zentralasien findet hauptsächlich im Rahmen des sogenannten "C5+1"-Formats statt. Dieses Format entstand im Jahr 2015, als der ehemalige US-Außenminister John Kerry einen Dialog auf der Ebene der Außenminister der fünf zentralasiatischen Staaten und Washingtons lancierte. Seitdem finden jährlich Treffen zwischen dem US-Außenministerium und diesen Ländern statt.

Der Zweck dieser Zusammenarbeit ist für niemanden ein Geheimnis. Schon in den Anfängen des Projekts gaben prowestliche Medien in Kasachstan zu, dass es sich eher um ein "1+C5"-Format handelt und dieses eine weitere Struktur darstellt, die von einem externen Akteur vorgeschlagen wurde, der die zentralasiatischen Staaten in seinen Einflussbereich bringen will.

Aber warum sind die Begegnungen zwischen dem Westen und Zentralasien in letzter Zeit so häufig und so regelmäßig geworden?

Alte Bindungen, neue Ziele

Nach dem Beginn der russischen Militäroffensive in der Ukraine führten die USA und die EU im Februar vergangenen Jahres mehrere Sanktionspakete gegen Moskau ein, darunter Beschränkungen für die Einfuhr von Waren aus westlichen Ländern. Als Reaktion auf die Beschränkungen legalisierten die russischen Behörden Parallelimporte – also Importe ohne Erlaubnis des Markeninhabers. Dieser Handel mit den Nachbarländern Russlands hat sich ver Hundertfacht und bis Ende letzten Jahres wurden über diesen Mechanismus 2,4 Millionen Tonnen Waren im Wert von über 20 Milliarden US-Dollar nach Russland geliefert.

Laut der kasachischen Ausgabe von Forbes sind die Exporte Kasachstans nach Russland im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2021 um 25 Prozent gestiegen. Die Financial Times gibt an, dass die Zahl der aus Kasachstan nach Russland exportierten Waschmaschinen von null im Jahr 2021 auf 100.000 im Jahr 2022 gestiegen ist. Der Export von IT-Ausrüstung erreichte den Umfang von 375,4 Millionen US-Dollar, womit die Lieferungen in diesem Sektor im vergangenen Jahr um mehr als das 400-Fache gestiegen sind, wie ein kasachischer Journalist recherchierte.

Ende April stellte der russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow in einer Rede im Rahmen einer Fachmesse in der Hauptstadt Usbekistans fest, dass der Handelsumsatz zwischen Russland und Zentralasien im vergangenen Jahr um 15 Prozent gestiegen sei und sich auf über 42 Milliarden US-Dollar belaufen habe. Zentralasien ist eine der weltweit führenden Regionen in Bezug auf den Handel mit Russland. Beispielsweise ist der Handelsumsatz mit Usbekistan um mehr als 25 Prozent gestiegen.

Man kann nicht sagen, dass dieses Wachstum nur auf Parallelimporte zurückzuführen ist. Andererseits wurde ein solcher Anstieg jedoch noch nie zuvor beobachtet.

Es gibt Indizien, die darauf hinweisen, dass die zentralasiatischen Länder versuchen, die Gelegenheit zur Deckung des Importbedarfs Russlands bestmöglich zu nutzen. Im vergangenen April waren die Lagerhallen in der Region fast randvoll gefüllt und die Mietpreise für diese Lagerstätten stiegen in der Folge um ein Vielfaches. Bis zum Beginn des Frühlings stieg die Nachfrage russischer Unternehmen für Lagerkapazitäten um 40 bis 50 Prozent auf fast 400.000 Quadratmeter. Damals waren sich Beobachter des Marktes einig, dass dies direkt mit dem Aufbau von Logistikketten für Parallelimporte nach Russland zusammenhängt. Aus diesem Grund versuchen die USA und die EU alles, was in ihrer Macht steht, um zu verhindern, dass die zentralasiatischen Staaten Russlands wichtigste Partner bei der Umgehung von Sanktionen werden.

Der kirgisische Analyst Asamat Osmonow wies darauf hin, dass die Warenexporte aus der EU nach Kirgisistan im Jahr 2022 insgesamt um 300 Prozent gestiegen sind – im Bereich fortschrittlicher Technologien und von Gütern mit dualem Verwendungszweck sogar um 700 Prozent – und wies darauf hin, dass Brüssel zunehmend darüber verärgert ist. "Westliche Vertreter glauben nicht, dass der Konsumhunger des kirgisischen Volkes von heute auf morgen dermaßen stark gewachsen ist", bemerkte der Experte.

Karotte und Peitsche

Auf dem EU-Zentralasien-Gipfel im vergangenen Juni versprach der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, den Staats- und Regierungschefs der fünf ehemaligen Sowjetrepubliken, dass Brüssel keine Sanktionen verhängen werde, falls diese Länder gegen die Beschränkungen gegen Russland verstoßen. Beim EU-Zentralasien-Wirtschaftsforum einige Wochen zuvor war jedoch eine völlig andere Rhetorik zu hören.

Neben der klassischen grünen Agenda – sowie Fragen zur Verkehrspolitik und Digitalisierung – wurden bei der Veranstaltung auch Themen angesprochen, die nichts mit Wirtschaft zu tun hatten. Trotz der Zusicherung aus Brüssel, dass das Ziel des Gipfels der Aufbau von Handelsbeziehungen und Investitionen sei, wurde der Konflikt in der Ukraine zu einem der zentralen Themen.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission und amtierende Kommissar für Handel der Europäischen Union, Valdis Dombrovskis, drohte damit, die Einfuhr sanktionierter Waren über Drittländer nach Russland zu verhindern, und versprach, "die Organisationen zu identifizieren, die unsere Bemühungen untergraben", und diese zu bestrafen.

Im Sommer und Herbst vergangenen Jahres bot die EU wiederholt an, die Handelsverluste

bestimmter Länder – auch jener in der Region Zentralasiens – auszugleichen und forderte sie auf, die Sanktionen gegen Russland zu unterstützen. Doch in den vergangenen Monaten bestand das umfangreichste Angebot aus Brüssel aus einer vorgeschlagenen Investition von 20 Millionen Euro für den Bau von Bodenstationen für Satelliten. Zudem hatte die EU im Mai dieses Jahres nicht mehr angeboten, die abgebrochenen Handelsbeziehungen mit Russland auszugleichen, sondern nur mit weiteren Drohungen reagiert, weil sich die Länder Zentralasiens weigerten, den Sanktionen der USA und der EU gegen Russland Folge zu leisten.

Die USA schwangen ihre "Peitsche" sogar noch kräftiger. Bereits im April verhängte das US-Handelsministerium Exportbeschränkungen gegen Unternehmen aus Russland, China, Usbekistan, Armenien und weiteren Ländern, "weil sie versucht haben, sich einer Exportkontrolle zu entziehen und amerikanische Waren aufgekauft haben, um den Bedarf in Russland zu decken". Daraufhin schlug die Europäische Kommission auch Sanktionen gegen Unternehmen vor, darunter zwei usbekische und ein armenisches, die Güter mit dualem Verwendungszweck nach Russland geliefert hatten.

Die Anstrengungen der EU und der USA konnten Kasachstan insoweit beeinflussen, als das Land in der Folge mehrere Verbote von Parallelimporten eingeführt hat. Um Sekundärsanktionen zu vermeiden, führte Astana im April ein System ein, mit dem es alle ein- und ausgeführten Waren nachverfolgen kann. Dies hat in der Folge Lieferungen aus Usbekistan nach Russland erschwert, da die Fracht über Kasachstan transportiert wird. Infolgedessen verlagern sich die Lieferketten nach Kirgisistan, China und in die Vereinigten Arabischen Emirate, wodurch die Kosten der betroffenen importierten Produkte in Russland um zehn bis zwölf Prozent steigen könnten.

Ende Mai warnte der stellvertretende russische Außenminister Michail Galusin die zentralasiatischen Länder, dass ihnen erhebliche Verluste drohen würden, wenn sie die westlichen Sanktionen unterstützen sollten. Er betonte, dass die russische Seite seinen Nachbarstaaten nicht die Außen- und Innenpolitik diktieren wolle, außer in jenen Fällen, "in denen sie gegen Verpflichtungen verstoßen, einschließlich jener im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)". Er zeigte sich zuversichtlich, dass die zentralasiatischen Staaten sich dessen bewusst seien.

"Die künstliche Zerstörung der Beziehungen zu Russland kann zu schwerwiegenderen Schäden führen als den Kosten der berüchtigten sekundären Sanktionen", sagte Galusin auf der Zentralasien-Konferenz des Valdai International Discussion Club.

Sind die Dinge wirklich so schlimm?

Russische Analysten glauben, dass Zentralasien für den Westen nicht nur im Hinblick auf die antirussischen Sanktionen wichtig bleiben wird, sondern auch als Sprungbrett für mögliche künftige Militäraktionen gegen Moskau.

"Der Westen ist daran interessiert, seine Militärstützpunkte in der Region Zentralasien zu etablieren, um Russlands 'weichen Unterbauch' zu bedrohen. Moskau ist hier nicht auf größere Militäreinsätze vorbereitet, anders als an seiner Westgrenze, von wo der Feind üblicherweise herkommt", warnt Maxim Kramarenko, der Leiter des Instituts für Eurasische Politik. "Zentralasien könnte ein Sprungbrett sein, um eine echte Bedrohung für Russland zu schaffen."

Bisher klingt diese Warnung verfrüht, da der Westen die Region nicht einmal dazu bringen konnte, die Sanktionen vollständig aufrechtzuerhalten, während Zentralasien enorm von der aktuellen Wirtschaftslage profitiert. Wenn man sich jedoch weigert, mit Russland zu kooperieren, dann werden es die zentralasiatischen Länder sein, die den Schaden erleiden, und nicht Russland, so die Einschätzung des kirgisischen Analysten Asamat Osmonow.

"Russland erhält über diese Länder Elektronik, landwirtschaftliche Produkte, Medikamente, Ersatzteile für Autos und andere Technologien. Sollte es gelingen, den Fluss dieser Waren zu unterbinden, würde der russische Markt die Verknappung umgehend spüren. Aber Zentralasien würde wesentlich mehr verlieren. Russland kann diese Güter auch über Länder wie China oder die Türkei beziehen", sagte er.

Laut Alexander Knjazew, Historiker und führender Forscher am Institut für internationale Studien des russischen Außenministeriums, werden die schwerwiegenden Folgen, mit denen die westlichen Länder Zentralasien bedrohen, stark übertrieben.

"Die Bedrohung durch Sekundärsanktionen der USA und der EU und deren Wahrscheinlichkeit werden übertrieben, ebenso wie ihre Bedeutung. Politisch gesehen würden solche Sanktionen gegen jedes Land in der Region automatisch dazu führen, dass sich das Land dem Lager der Gegner des Westens anschließt und es zu einem engeren Verbündeten Russlands und vielleicht sogar Chinas wird", glaubt der Experte. Er fügte hinzu, dass "die Versuche des Westens, die Länder Zentralasiens gegen Russland aufzuhetzen, wie es mit der Ukraine geschehen ist, keinen Erfolg haben werden".

Eine unruhige Zukunft

Der Westen mag derzeit nicht in der Lage sein, Zentralasien auf seine Seite zu ziehen, aber das bedeutet nicht, dass es solche Versuche in Zukunft nicht geben wird. In dieser Hinsicht nutzen westliche Länder ihre traditionellen Instrumente der "Soft Power" – Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Medien.

"Allein in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek sind 18.500 solcher Organisationen registriert. Im Gegensatz zu ihren angegebenen Gründungszwecken mischen sich viele von ihnen in das politische Leben des Landes ein, indem sie unter anderem politische Kundgebungen in Kirgisistan finanzieren", heißt es in einer Anmerkung zum Gesetzesentwurf zur Verschärfung der Kontrolle über NGOs, der dem kirgisischen Parlament vorgelegt wurde.

Die Bedenken der jeweiligen Parlamente der zentralasiatischen Staaten haben die Arbeit dieser Organisationen bisher jedoch nicht unterbinden können. Anfang Juni hat die US-amerikanische Agentur für internationale Entwicklung (USAID) eine erste Tranche im Wert von zwölf Millionen US-Dollar an die gemeinnützige Organisation KazAID vergeben, die diese Mittel unter kasachischen NGOs verteilen soll, um "den Widerstand der Gesellschaft gegen Desinformation zu stärken und die Medienkompetenz der Bevölkerung zu fördern". Dies war die erste Tranche eines geplanten 50-Millionen-Dollar-Pakets, das im Budgetvoranschlag des Programms von USAID aufgeführt ist. Darüber hinaus wurden im Jahr 2022 weitere 15 Millionen US-Dollar für USAID-Projekte in Kasachstan ausgegeben.

Ein erheblicher Teil dieses Geldes fließt in die Finanzierung von Journalisten, die in der Bevölkerung für eine proamerikanische Agenda werben. Einer der Empfänger von USAID-Zuschüssen ist beispielsweise das Central Asian Media Program (MediaCAMP). Beaufsichtigt wird es von der amerikanischen NGO "Internews", die im Jahr 2007 in Russland verboten wurde. Diese NGO hat sich bequem in Kasachstan eingenistet, wo sie seit über fünf Jahren aktiv ist und "mit Partnern aus zentralasiatischen Medien, der akademischen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet".

Deren Tätigkeitsbereich ist sehr breit gefächert. Laut der Website von USAID "hat das Projekt 2.830 Medienfachleute in Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan ausgebildet". Darüber hinaus heißt es, dass "über 10.500 Jugendliche, Erwachsene und Senioren aus den drei Zielländern an den Aktivitäten zur Medienkompetenz teilgenommen haben".

Wie bald die betroffenen Medienschaffenden und Stipendiaten damit beginnen werden, in ihren eigenen Ländern eine Politik der Abspaltung von Russland voranzutreiben, ist unklar. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass dies früher oder später geschehen wird. Schließlich ist in der offiziellen "US-Strategie für Zentralasien 2019 bis 2025" eindeutig festgeschrieben: "Zentralasien ist eine geostrategische Region, die für die Interessen der nationalen Sicherheit der USA wichtig ist."

Übersetzt aus dem Englischen.

George Trenin ist ein russischer Journalist und Politikwissenschaftler.

* * *

Corona-Aufarbeitung: "Aber wir hatten keine rechte Wahl"? – Replik auf einen Tagesthemen-Kommentar

<https://freeassange.rtde.live/meinung/174333-corona-aufarbeitung-aber-wir-hatten/>

05.07.2023

Die steigende Zahl von Klagen und Gerichtsverfahren von COVID-Impfgeschädigten veranlasst auch die öffentlich-rechtlichen Medien, darüber zu berichten. Ein aktueller Tagesthemen-Kommentar grenzt an billige Rechtfertigung: "Aber wir hatten keine rechte Wahl" ist eine anmaßende Ausrede gegenüber Mahnern, Kritikern und Opfern.

Von Bernhard Loyen

Die zwangsfinanzierten Rundfunkanstalten von *ARD* und *ZDF* kommen nicht mehr an dem ihnen unliebsamen Thema vorbei. Die Corona-Aufarbeitung, genauer gesagt die sich dynamisierende Klagewelle von Bürgern, die guten Gewissens den themenbezogenen Aussagen der rein subjektiv geladenen Fachgäste in den Talk-Abendsendungen der Jahre 2020 bis 2022 vertrauten. Die Mehrheit dieser Bürger hatte sich in der Folge mehrfach einen nachweislich vorschnell zugelassenen mRNA-Wirkstoff injizieren lassen.

Der Preis, die Gegenleistung, für das blinde Vertrauen war und ist für eine weiterhin unbekannt hohe Zahl von Menschen im Land sehr teuer: von kurzzeitigen schmerzhaften Beschwerden bis hin zu andauernden lebens einschränkenden Extremlastungen für den Körper. Auch nach Monaten droht der Tod, nicht durch die aggressiv propagierte Akutgefahr eines Virus, sondern durch die fahrlässig schnelle Marktzulassung für eine vollkommen unbekannte, nebenwirkungsreiche Neuigkeit auf dem gewinnorientierten Pharmamarkt.

Nun berichtete das *ZDF* Heute Journal exemplarisch über zwei tragische Fallbeispiele von Opfern nach COVID-Impfung. Das Zusehen und Zuhören schmerzt, wenn man den jeweiligen Leidensweg im Beitrag vermittelt bekommt.

Die *ARD* Tagesthemen übernahmen am 3. Juli das zweite Fallbeispiel des *ZDF*-Beitrags, um den Zuschauern im Anschluss einen Kommentar von Gigi Deppe, Leiterin der *ARD*-Rechtsredaktion/Hörfunk zu offerieren. Der Inhalt dieses Kommentars macht sprachlos, auch wütend, da er einerseits sehr freundlich bemüht, wohlwollend in der Wortwahl dargebracht wird, andererseits an anmaßender Unverschämtheit kaum zu überbieten ist. Schon der Eröffnungssatz ist ein Schlag ins Gesicht geschädigter Leidender:

"Wer meint (sic!) durch die Corona-Impfung geschädigt worden zu sein, hat es wirklich

nicht leicht."

Das hätte Frau Deppe glasklarer formulieren können, wollte sie aber nicht. Der Mann aus dem Beitrag, dem sein Leben mit der Teilerblindung zerstört wurde, "meint" – also behauptet rein nur für sich – durch die Impfung in diesen fatalen Lebensabschnitt gelangt zu sein? Frau Deppe erklärt den Zuschauern empathisch bemüht: "Ein dauerhafter Gesundheitsschaden kann schnell allen Lebensmut nehmen." Dass sollte sie mal den zurückliegend aggressivsten Propagandisten und Aktivisten einer nötigen gesetzlichen Impfpflicht ins Ohr säuseln. Die Namen sind bekannt, ihr Leben weiterhin unbelastet, unbeeindruckt leicht und schön.

Man ist abgetaucht, wie Christian Drosten und Janosch Dahmen (Grüne). Man wurde mit einer Karrierebeförderung belohnt, wie Lothar Wieler (RKI). Oder sie dürfen vollkommen unbekümmert zur Tagesordnung übergehen, wie der unantastbare Karl Lauterbach, der unsägliche Eckart von Hirschhausen oder die Ethikrätvorsitzende Alena Buyx, als drei genannte Beispiele von unendlich vielen Spaltern der Gesellschaft in der Corona-Krise.

Frau Deppe erklärt sodann den mentalen, belastenden Zwiespalt der Propaganda-Impfopfer:

"Dazu das Gefühl, hätte ich mich nicht impfen lassen, ginge es mir vielleicht besser."

Nun folgt zudem die psychische und physische Zusatzbelastung eines Kampfes David gegen Goliath. Bürger im juristischen Kampf gegen Pharmagiganten. Es ist belegt, die bundesdeutsche Politik machte es den späteren Empfängern vom "Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland", Uğur Şahin und Özlem Türeci, von Beginn an sehr einfach. Dies bezogen auf die Regelung mit drohenden, also kalkulierten möglichen Klagen von Impfopfern. Im April 2022 lautete ein Artikel der dem Springer-Verlag zugehörigen *Welt*:

"Die Impfstoff-Knebelverträge von 'Big Pharma'."

In dem Beitrag heißt es:

"Geheimhaltung der Vertragsinhalte, Zugeständnisse an die Hersteller bei Ausfällen oder Nebenwirkungen: Mit dem Verkauf des Corona-Impfstoffs zwingen Konzerne Länder zu umstrittenen Deals."

Noch einmal zwei Jahre zuvor, im April 2020, informierte die *Deutsche Apotheker-Zeitung* über folgende Realitäten in der noch jungen Corona-Krise:

"Bundesgesundheitsminister Jens Spahn nutzt seine neue Macht in Zeiten einer 'epidemischen Lage von nationaler Tragweite' (...) Zudem sieht der Verordnungsentwurf Marktzugangserleichterungen für Arzneimittel und Gegenstände der persönlichen Schutzausrüstung vor. So sollen die für das Inverkehrbringen von Arzneimitteln erforderlichen Verfahren im Einzelfall beschleunigt werden können. Auch die Erforschung neuer Therapien und Impfstoffe gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 soll unterstützt und beschleunigt werden."

Im Dezember 2020 starteten bereits erste Impfungen mit dem Produkt der Stunde aus dem Hause BioNTech. Zweieinhalb Jahre später kämpfen gutgläubige Menschen um ihr Leben und ihre Rechte. Rechtsexpertin Deppe erklärt in ihrem Kommentar:

"Für die, die sich juristisch wehren wollen, kommt noch hinzu: Die Hürden sind extrem hoch. Denn sobald auch andere Ursachen für das taube Ohr, den Herzfehler oder die

Lähmung denkbar sind, wird es rechtlich schwierig."

In normalen zurückliegenden Zeiten musste der Angeklagte Beweise verteidigend vorlegen, die gegebenenfalls entlasten. Heute muss das Opfer zuerst beweisen, dass es überhaupt ein Opfer ist. Die *ARD*-Kommentatorin fasst nüchtern zusammen:

"Entweder kommt es zu einer teuren Gutachter-Schlacht oder die Klage wird direkt abgewiesen."

Juristische Schlachten können sehr lange dauern. Ein sehr unschöner und mieser Jugendspruch der westdeutschen 1960/70er lautete: "Kuckmal, Contergan' ichts für". Man flüsterte ihn, beim Anblick eines geschädigten Menschen mit kurzen Armen und/oder Beinen, ausgehend von unmittelbaren Fehlbildungen nach der Geburt. Ein Pharmaskandal des Jahres 1961, der bis heute die Gerichte und vor allem die Opfer beschäftigt. So titelte das *ZDF* am 1. Juni 2023: "Durch das Beruhigungsmittel Contergan erlitten tausende Menschen körperliche Schäden, viele kämpfen noch um Entschädigung. Eine Gerichtsentscheidung macht Betroffenen Hoffnung". Sechzig Jahre später geht es also weiterhin um den verzweifelten Kampf der Opfer, aktuell in Bezug auf Rentenansprüche.

Dieser Rechtsstreit gibt eine vage Vorstellung davon, wie lange der "Comirnaty"-Skandal, benannt nach dem Name des Wunder-Wirkstoffs aus dem Hause BioNTech/Pfizer, die Menschen im Land, wie auch weltweit, noch begleiten wird. Frau Deppe prognostiziert daher vorahnend:

"Wir werden in nächster Zeit eine Menge dieser Prozesse sehen und feststellen, dass die Kläger wenig Chancen auf Erfolge haben."

Das ist ja weniger schön. Hätte die Gesellschaft nicht einfach mit etwas mehr Abwägung und Vorsicht, dem Zuhören und der Einbeziehung mahnender Stimmen und warnender Kritiker, dem ganzen Leid elementar vorbeugen können? Man hätte. Aber ein erschreckend hoher Prozentsatz der Gesellschaft wollte diese Stimmen nicht hören, nicht sehen, nicht wahrnehmen.

Sie wurden nachweislich bekämpft, bis hin zur existenziellen Zerstörung. Wie sieht das Frau Deppe, wie lauten ihre Argumente diesbezüglicher Realitäten? Sie stellt die Frage, ob "eine rein juristische Bewältigung des Problems der richtige Weg ist, wenn mit harten Bandagen – also für die Pharmedia mit der Macht des Geldes und die Politik hinter sich wissend – vor Gericht gekämpft wird." Immerhin, sie erkennt ein Problem im Land. Zu den Gründen des Problems lässt sie dann mehr als anmaßend verlautbaren:

"Wir waren alle irgendwie unsicher, was wir da tun. Aber wir hatten keine rechte Wahl."

Da ist es, gleich dreimal, das verräterische "Wir". Wer ist "wir" in Bezug auf die Unsicherheit in der Corona-Krise? Die Mitläufer, die Unkritischen, die Unterstützer, die Einpeitscher, die Wertenden, die Ausgrenzenden? Die, die mit Fingerzeig und eiskalten Worten die sich Sichereren abkanzeln?

Gab es eine Wahl, eine alternative Entscheidung zum Thema COVID-Impfung? Ja, die gab es sehr wohl. Aber sie war mehr als kräftezehrend aufrichtig zu leben, zu ertragen. Schmerzhaft, anstrengend und zudem in vielen Individualfällen den Verlust von Familie, Freunden, Geliebten und Arbeitskollegen bedeutend. Ja sogar den Ausschluss aus der Gesellschaft (2/3G-Maßnahmen inklusive).

Wo war Frau Deppe als Rechtsverständige, als es darum ging, kritische, nachdenkliche und vorsichtige Menschen zum Thema COVID-Impfung, auch über die bewusst manipulierenden Beiträge von *ARD* und dem *ZDF*, nachweislich über Monate gesellschaftlich zu ächten?

Noch nicht ein Pharmaangestellter, ein verantwortlicher Besitzer aus der Pharmaindustrie, saß bisher auf einer Anklagebank. Dafür muss ein aufmerksamer Arzt aktuell für drei Jahre ins Gefängnis, weil er bewusst falsche Impfnachweise ausgestellt hatte, um nach seinem Verständnis Leben zu schützen. Um den interessierten Bürger vor möglichen Impfnebenwirkungen zu bewahren. Verkehrte Welt. Dazu eine erschreckende Argumentationslinie von Frau Deppe.

Wer propagierte locker flockig doch gleich im Jahr November 2021 manipulierende Impfeempfehlungen?

Frau Nguyen-Kim wurde aktuell belohnt, für ihre Zuverlässigkeit. Für ihr Agieren, für nachweislich gewagte und vorsätzliche Fehlinformationen. Das der SPD-nahestehende *RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)* titelte allen Ernstes am 3. Juli:

"Freudige Überraschung für die Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim: Die Fernsehmoderatorin erhält als erste Naturwissenschaftlerin den mit 30.000 Euro dotierten Jacob-Grimm-Preis."

Die promovierte Chemikerin – keine Ärztin oder Virologin! – werde für "ihre klare, verständliche und moderne Sprache geehrt, mit der sie einem breiten Publikum komplexe wissenschaftliche Inhalte vermittele", so die Begründung der Jury. Und was ist mit den falschen Inhalten, der Täuschung mit fatalen Folgen für die Impfpfaffer?

Natürlich wird Frau Nguyen-Kim ihr Preisgeld nicht an einen Fonds für Geschädigte überweisen. Zur Erinnerung: Ihr Ehemann Matthias Leindecker arbeitet für die Pharmafirma Merck – die im Jahr 2021 informierte:

"Merck und BioNTech erweitern strategische Partnerschaft durch beschleunigte Lieferung dringend benötigter Lipide."

Frau Deppe wünscht sich, dass die Pharmahersteller vielleicht einen Fonds für ihre Produktopfer zur Verfügung stellen könnten. Selten so schlecht gelacht, Frau Deppe!

Die Realität der Gegenwart lautet daher: Ein fürsorglicher Arzt muss ins Gefängnis, potenzielle Pharmatäter nicht auf die Anklagebank, eine fehlinformierende Impfluenzerin erhält sehr viel Geld, COVID-Impfpfaffer gehen bis dato mehrheitlich leer aus und leiden im Stillen.

Die *ARD*-Tagesthemen lassen zudem einen Kommentar einsprechen (ab Minute 10:40), der bei kritischen Bürgern und COVID-Impfpfaffern nur Fassungslosigkeit hervorrufen kann.

* * *

Deutschland ist nicht mehr zu retten – Es zerstört sich selbst und mutwillig

<https://freeassange.rtde.live/meinung/174461-deutschland-ist-nicht-mehr-zu-retten/>

05.07.2023

Bei einem selbst gesetzten Ziel war die Bundesregierung unter Olaf Scholz tatsächlich erfolgreich. Der Handel mit Russland ist eingebrochen und tendiert gegen null. Nur die Konsequenzen trüben etwas die Freude darüber, wenn auch nicht bei Politik und Massenmedien.

Von Irina Alksnis, RIA Nowosti

Ein Mann – ein Wort. Anders kann man die jüngst veröffentlichte deutsche Außenhandelsstatistik nicht kommentieren. Die deutschen Exporte nach Russland fielen im Mai um 34,4 Prozent niedriger aus als im Vorjahr, die Importe aus Russland gingen im selben Zeitraum sogar um 92,6 Prozent zurück. Von Januar bis Mai des laufenden Jahres sind die deutschen Exporte nach Russland im Vergleich zum selben Zeitraum 2022 um 42,9 Prozent und die Importe aus Russland um 88,4 Prozent gesunken.

Der Fall hält zudem unvermindert an: Im Vergleich zum April sanken die deutschen Exporte nach Russland im Mai um 7,4 Prozent und die Importe aus Russland um 17,3 Prozent.

Das sind in der Tat beeindruckende Früchte der Entschlossenheit Berlins, die Zusammenarbeit mit Moskau zu beenden. Sie werden jedoch von anderen Wirtschaftsnachrichten der letzten Tage überschattet: Deutschland befindet sich in einer Phase der Stagnation, die dauerhaft zu werden scheint.

Der PMI (Purchasing Managers Index, registriert die wirtschaftlichen Aktivitäten aufgrund der Einkäufe von Rohwaren und Vorprodukten durch Unternehmen und gilt als Frühwarnung für künftige Marktentwicklungen – Anm.d.Red.) verzeichnete die schnellste Schrumpfrate im verarbeitenden Gewerbe seit drei Jahren, wobei sowohl die Produktion als auch die Auftragseingänge zurückgingen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages erklärte unverblümt, die Wirtschaft befinde sich in einer Rezession, wobei die BRD "eines der wenigen Länder in Europa ist, deren Produktionsniveau wieder unter dem Niveau vor dem Coronavirus liegt" – und es gibt keine Anzeichen für eine Erholung. Hinzu kommt, dass im vergangenen Jahr Kapitalabflüsse aus Deutschland in Rekordhöhe von 125 Milliarden Euro (132 Milliarden Dollar) zu verzeichnen waren.

Um das Bild zu vervollständigen, muss man hinzufügen, dass das Land seine Stromimporte in der ersten Jahreshälfte stark erhöht hat und damit vom Exporteur zum Importeur geworden ist. Laut *Bild*-Zeitung decken ausländische Energielieferungen inzwischen 43 Prozent des Bedarfs des Landes. Experten gehen davon aus, dass es diesmal nicht an Russland liegt, sondern daran, dass Deutschland aus der Kernenergie ausgestiegen ist und seine Kernkraftwerke abgeschaltet hat.

Die Behörden und die Mainstream-Medien lassen sich indes nicht entmutigen. Ihre Meinung ist eindeutig: Deutschland wurde infolge des Endes der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland ein schneller Zusammenbruch vorausgesagt, der nicht eingetreten ist. Das Land hat den Winter überstanden, um den herum sich zuvor so viel Panik aufgebaut hatte. Die Wirtschaft passt sich an die neuen Bedingungen an. Die Bundesbank hat ihre BIP-Prognose sogar verbessert. Sie geht davon aus, dass die Wirtschaft in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen wird und nicht wie bisher erwartet um 0,5 Prozent. Für die nächsten zwei Jahre erwartet sie sogar einen leichten Anstieg, wenn auch etwas weniger als bisher geschätzt.

Der optimistische Blick auf die Zukunft Deutschlands, das sich erfolgreich aus der "erdrückenden Umarmung Moskaus" befreit hat, wird jedoch durch politische Nachrichten getrübt. Die "systemfremde und unseriöse" Partei "Alternative für Deutschland", deren Beliebtheit rapide zunimmt und die ihren Erfolg bereits mit einem ersten Sieg bei den Kommunalwahlen untermauern konnte, hat es erneut auf die Titelseiten der deutschen Medien geschafft. Auch die Ordnungshüter zeigen sich besorgt, da sie Unruhen nach französischem Vorbild befürchten. Besonders bemerkenswert sind die Gründe für diesen Zustand: Zum einen, so ihre Einschätzung, "nimmt die Ablehnung von Demokratie, Staat und Regierung zu", zum anderen "steht einer wachsenden Zahl von Menschen nur noch das Nötigste zur Verfügung".

Es wäre ein Fehler zu glauben, dass Deutschland und mit ihm die gesamte EU nun vor einem katastrophalen Zusammenbruch stehen. In gewisser Weise hat Europa eine Zukunft, eine noch schlimmere allerdings, als sich die meisten Menschen heute vorstellen können.

Solch große, entwickelte und reiche Systeme verfügen über eine phänomenale Sicherheitsmarge und über Trägheit, die sie über Jahrzehnte des Niedergangs tragen kann. Erinnern Sie sich nur an das Beispiel des Euromaidan, als 2014 viele den schnellen Zusammenbruch der Ukraine, ihrer Wirtschaft und ihres sozialen Umfelds innerhalb weniger Monate aufgrund des Bruchs mit Russland vorhersagten. Schließlich handelte es sich um ein in der postsowjetischen Zeit stark degradiertes Land.

Deutschland (und Westeuropa insgesamt) ist in einem besseren Zustand, so dass wir nicht erwarten sollten, dass es von heute auf morgen außer Kontrolle gerät.

Nur dass das, was wir erleben – die Schaffung eines Energiedefizits (und wenn es nicht genug Energie gibt, kann und darf es keine wirtschaftliche Entwicklung geben), die Schrumpfung des Produktionssektors, die Kapitalflucht, die "Entrümpelung" der eigenen Bevölkerung, die Entwicklung neuer Technologien zur Unterdrückung sozialer Unzufriedenheit und so weiter –, wie eine bewusste und gewollte Demontage Deutschlands als bislang reichsten und am weitesten entwickelten Teils Europas aussieht. Die Gesamtheit der Vorgänge lässt keinen Raum für Zweifel – das sieht nicht nur so aus, sondern ist auch tatsächlich so.

Dabei ist es nicht so wichtig, wer dahintersteckt und warum, obwohl die Interessen der USA hier offensichtlich sind. Wichtiger ist, dass Deutschland es selbst tut, sich selbst zerstört – durch seine eigenen Eliten, und die Gesellschaft hat offensichtlich nicht die Kraft, die Mittel oder eine ausreichende Motivation, sich diesem raffinierten nationalen Selbstmord zu widersetzen.

Und da kann niemand von außen helfen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Deutschen – und mit ihnen alle Europäer – ihrem Schicksal zu überlassen. Und genau das hat Russland getan.

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist zuerst am 5. Juli 2023 auf ria.ru erschienen.

* * *

Die ach so gefährliche AfD - Was ist dagegen schon eine Regierung im Kriegswahn

<https://freeassange.rtde.live/meinung/174549-partei-schlechten-laune-blinder-hass/>

06.07.2023

Tatsächlich, ich habe mich dabei ertappt, die AfD zu verteidigen. Seit dem Erfolg in Raguhn-Jeßnitz und in Sonneberg überschlagen sich nicht nur Politik und Medien mit Hasstiraden. Auch in den sozialen Medien geht es hoch her. Ein völlig absurdes Verhalten.

Von Tom J. Wellbrock

Die Altparteien übertreffen aktuell einander in gegenseitigen Schuldzuweisungen einerseits. Und in der Verteufelung der AfD andererseits. Mit in den Chor stimmen unzählige politische Kommentatoren in den sozialen Medien ein. Alle sind sich einig, wie böse die AfD ist. Alle kramen im Netz herum, um nationalistische Zitate von irgendwann und irgendwem aus der Versenkung zu holen und deutlich zu machen, dass die sogenannte Alternative für Deutschland in Wahrheit faschistisch ist, neoliberal, antisemitisch und und und.

Es folgt ein kurzer Auszug aus Leserkomentaren unter einem Beitrag auf Facebook, in dem folgende Frage gestellt wird:

"Bitte nennt mir konkrete programmatische Kritikpunkte an den Positionen der AfD."

Hier ein paar Antworten (Rechtschreibung wie im jeweiligen Original):

- Beispiel: Bereich innere Sicherheit. Die geforderte Änderung des Jugendstrafrechts oder den Ausbau der Überwachungsmöglichkeiten kann man durchaus kritisch sehen. (Wahlprogramm S. 76 ff.)
- Zustimmung zur Aufrüstung und zur NATO-Mitgliedschaft, da muss man also die verschiedenen Schichten dieser schießpartei ein bisschen übereinander legen- ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag und ihr Grundsatzprogramm 21- beim Grundsatzprogramm gehen Sie davon aus, dass die NATO-Mitgliedschaft unstrittig ist, solange die NATO ein Verteidigungsbündnis ist- von diesem Fall gehen alle derzeit im Parlament vertretenen Parteien aus, da keine Parlamentspartei denkt, dass die NATO derzeit einen Krieg gegen Russland führt- einen Angriffskrieg
- Den Ausbau des Sozialstaates für demographische Probleme verantwortlich zu machen, könnte man als Absichtserklärung zum Sozialabbau verstehen (S. 105). Scheint mir ein zutiefst neoliberaler Ansatz.
- Streichung von Sozialleistungen besonders für Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen, Wegfall von Arbeitsrechten, Aufrüstung von Bundeswehr und Polizei, geschlossenes Psychiatrie- und Heimsystem... das sind so die Punkte, die mich persönlich am meisten stören.
- 50 % der AfD-Fraktion wollten kein Austritt aus der Nato und haben den 100 Mrd. Kriegskrediten zugestimmt. Sie ist demnach KEINE Friedenspartei! Die AfD will das Sozialsystem privatisieren, besonders die Renten

Es gibt durchaus noch weitere inhaltliche Kritikpunkte, und viele von ihnen sind gerechtfertigt oder zumindest diskussionswürdig. Doch die eben genannten stellen eine (erfreuliche) Ausnahme der allgemeinen Debatte dar. Eine Ausnahme, die man sich als Demokrat als Regel wünschen würde, die aber in einer anderen Form der "Argumentation" nahezu vollständig untergeht. Bezeichnender sind Reaktionen dieser Art (Rechtschreibung wie im jeweiligen Original):

- Die AfD hetzt zu viel. Reißt das Maul zu weit auf. Manchmal unter der Gürtellinie. Und und und und und
- Im Westen ist die AfD eine neoliberale, noch asozialere FDP. Im Osten dagegen rechtskonservativ bis hin zum rechtsradikalen Flügel in Thüringen unter Höcke. Wer so etwas wählt und denkt es wäre eine "Alternative", ist schlichtweg geisteskrank.
- Hochrüstungs- und NATO-Partei, antikommunistisch, fremdenfeindlich, intolerant, frauenfeindlich-rückständig, antisemitisch, antiislamisch, die menschliche Mitverantwortung am Klimawandel leugnend, weitgehend impfgegnerisch, sie ist für industrielle Giftspritzerlandwirtschaft und Massentierhaltung
- AfDler pinkeln am häufigsten in den Pool
- Genau so ein Lügenkonstrukt wie alle anderen.

- In der Welt der AfD soll der Staat alle Kosten tragen aber gleichzeitig niemals etwas einnehmen.
- Judenpartei, Rockefeller, Rothschild, alles Juden

Auf diese Art der Kommentierung komme ich gleich noch, zunächst will ich mich aber den programmatischen Punkten zuwenden. Ein Kommentar bei Facebook zeigte dieses Bild.

Tatsächlich macht die AfD hier auf den ersten Blick keine gute Figur, im Gegenteil. Trotzdem sind solche oberflächlichen Betrachtungen wenig hilfreich. Denn es ist nicht bekannt, wie diese Abstimmungen zustande kamen und welche möglichen Optionen die AfD in den Raum gestellt hat. Vielleicht hat sie sogar Forderungen gestellt, die über die Aspekte der hier genannten hinausgehen. Ebenfalls denkbar ist aber auch, dass sie tatsächlich all die genannten Punkte kategorisch abgelehnt hat. An dieser Stelle soll darüber kein Urteil gefällt werden.

Aber eine politische Diskussion würde genau so funktionieren: Man setzt sich mit dem Wahlprogramm einer Partei auseinander – inklusive der kritischen Betrachtung der Frage, ob Wahlprogramme überhaupt aussagekräftig sind –, und man beschäftigt sich mit konkreten politischen Entscheidungen oder auch dem Abstimmungsverhalten zu bestimmten Fragen. Auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage wäre ein inhaltlicher Streit möglich und womöglich zielführend. Die unterschiedlichen Positionen würden ausgetauscht werden, eine maximale Offenheit beider Kontrahenten würde zur Bestätigung der eigenen Meinung oder ihrer Widerlegung führen.

Für mein Empfinden wäre es zutiefst demokratisch, wenn man sich auf diese Weise mit der AfD beschäftigen würde. Doch stattdessen passiert etwas höchst Destruktives und Undemokratisches: Die AfD wird per se als undemokratische oder demokratiefeindliche Partei hingestellt, um im nächsten Schritt auf dieser pseudoargumentativen Basis die demokratische Debatte zu beenden, bevor sie begonnen hat.

Wie kann man einer Partei fehlendes Demokratieverständnis vorwerfen und gleichzeitig jedes Verständnis für die Demokratie bei sich selbst eliminieren?

Die Art der Debatte

Das Problem wird deutlich, wenn man aus einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* zitiert:

"Die Münchner AfD-Stadträte haben am Montag eine Strafanzeige erstattet wegen 'Volksverhetzung, Gewaltdarstellung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener'. Formal richtet sich die Anzeige gegen Unbekannt, gezielt ist sie auf die Grüne Jugend, die Nachwuchsorganisation der Grünen. Die hatte im Rahmen des Rathaus-Clubblings für gerade volljährig gewordene Münchnerinnen und Münchner am vergangenen Samstag eine Wurfhütte aufgebaut – und dabei Bilder von AfD-Politikern auf die Dosen geklebt, auf die man werfen konnte."

Weiter heißt es in dem Artikel:

"Zielübungen auf politische Mitbewerber stellen in Zeiten zunehmender Gewaltdrohungen gegen Politiker jeglicher Couleur einen volksverhetzenden Akt dar", begründete AfD-Stadtrat Markus Walbrunn die Anzeige. Was die Aktion "besonders widerlich" gemacht habe, sei der Umstand, dass eine der abgebildeten Personen die mittlerweile an Krebs verstorbene AfD-Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga war. "Die Grüne Jugend offenbart mit ihrer Aktion nicht nur einen besonderen Grad an Geschmacklosigkeit", so

Walbrunn, "sondern auch ihren demokratiefeindlichen Charakter."

Und die Reaktion der Grünen Jugend:

"In einer Stellungnahme erklärte die Grüne Jugend, die abgebildete Corinna Miazga sei seit der letzten Durchführung des Wurfspiels "uns unbekannterweise verstorben. Für die Verwendung ihres Bildes entschuldigen wir uns bei den trauernden Angehörigen". Intention des als Kinderspiel bekannten Dosenwerfens sei gewesen, durch den spielerischen Charakter politisches Interesse bei jungen Menschen zu wecken. "Dass ausgerechnet die AfD in diesem Spiel eine Gewaltandrohung sieht, ist angesichts ihrer eigenen Äußerungen anderen Politiker:innen oder aber auch Geflüchteten gegenüber ein Widerspruch", heißt es in der Stellungnahme."

So geht also Demokratie? Man wirft dem politischen Gegner etwas vor, um dann nach der gleichen Praxis zu verfahren? Heuchlerisch ist auch der Hinweis auf "den spielerischen Charakter" des Dosenwerfens, der bei dieser Aktion ganz sicher nicht im Vordergrund stand. Dass auf diese Weise politisches Interesse bei jungen Menschen gefördert werden soll, kann und muss als völlig aus der Luft gegriffen und nicht als tatsächliche Motivation verstanden werden. Vielmehr werden auf diese manipulative Art "spielerisch" ein Feindbild aufgebaut und Hass und Hetze gefördert. Denn natürlich kann man davon ausgehen, dass das Dosenpiel mit akustischen Bemerkungen begleitet wurde. Man muss kein Genie sein, um sich auszumalen, wie diese Bemerkungen klangen.

Der gehasste Wähler

Beim Umfragehoch der AfD und den Erfolgen bei (zunächst noch) regionalen Wahlen wird nicht nur auf die AfD eingeschlagen (freilich ohne konkrete Kritik zu äußern oder gar die eigene Politik selbstkritisch in Augenschein zu nehmen), auch die Wähler bekommen "ihr Fett weg".

Ich erinnere an einen schon oben zitierten Facebook-Kommentar:

"Wer so etwas wählt und denkt, es wäre eine "Alternative", ist schlichtweg geisteskrank."

Das ist eklatant menschenverachtend. Doch das Gefühl, auf der moralisch richtigen Seite zu sein, befördert derlei Anfeindungen. Als großes Vorbild agiert die Politik, die gemeinsam mit zahlreichen Medien kontinuierlich am Feindbild baut. Interessant daran ist etwas Auffälliges, das den Mächtigen in die Karten spielt: Selbst die regierungskritischen Geister schlagen sich bei der Bewertung der AfD mit Vergnügen auf die Seite der Politiker, deren Politik sie seit Jahren oder gar Jahrzehnten kritisieren oder verachten.

Das Prinzip des gemeinsamen Feindes funktioniert hervorragend. Schon in der Corona-Episode entlarvten sich vermeintlich helle Köpfe, die (ebenfalls vermeintlich) sofort erkennen, wenn sie manipuliert und am Nasenring durch die politische Arena geführt werden, dadurch, dass sie sich ganz leicht in eine andere Richtung lenken lassen. Wir erinnern uns, wie gnadenlos und menschenfeindlich in der Hochphase der Impfdebatte die Angriffe auf Menschen ausfielen, die skeptisch oder ängstlich gegenüber einem Verfahren waren, das sich zwar "Impfung" nannte, faktisch aber ein verkürztes und gefährliches Entwicklungsverfahren zur Grundlage hatte.

Ob bei Corona, dem Klimawandel, dem Ukraine-Krieg oder eben im Zusammenhang mit der AfD: Menschen haben vor bestimmten Entwicklungen Angst, doch gerade für diese Angst ernten sie Hass und sehen sich massiven, grenzüberschreitenden Angriffen ausgesetzt. Wer Angst vor einem "Impfstoff" hat, ist ein unsolidarischer Idiot, wer Angst vor der Gefährdung seiner Existenz durch unverhältnismäßige "Maßnahmen gegen den Klimawandel" hat, ist ein unverantwortlicher

"Klimaleugner", wer Angst vor einem heißen Krieg hat, ist ein herzloser Egoist, der nicht nur auf die Ukraine pfeift, sondern auch auf jedes Leben, das wegen seiner Haltung ausgelöscht wird.

Und wer von der Politik enttäuscht ist und Angst vor den militärischen und wirtschaftlichen Folgen dieser Politik hat, ist schlicht "geisteskrank". In den genannten Fällen spielt aufrichtige Angst eine Rolle, doch die Reaktion darauf ist gekennzeichnet durch empathieloses Draufhauen auf die Ängste der Menschen. Wir müssen uns eingestehen, dass inzwischen Millionen Menschen starke Ängste in sich tragen, die zudem gerechtfertigt sind, denn das politische Prinzip der Dauerkrisen kann zu nichts anderem als zu Angst führen. Wenn die Reaktion darauf Hass ist, müssen wir uns über Demokratiefeindlichkeit nicht unterhalten, sondern sollten zunächst einmal das allgemein gültige gesellschaftliche Menschenbild überprüfen.

Doch davon sind wir weit entfernt, wie zum Beispiel die Erklärung des britischen Autors und Historikers James Hawes zeigt, die die *Neue Züricher Zeitung* abgedruckt hat. Er äußerte sich zu der Frage, warum in Ostdeutschland mehr Menschen die AfD wählen als im Westen des Landes:

"Weil die Gebiete östlich der Elbe immer in dem Bewusstsein lebten, dass man dort später angekommen war als die slawische Urbevölkerung. Und man fürchtete, dass die sich wehren und einen wieder vertreiben könnte. Daraus ist ein "Wir gegen die" entstanden. Deswegen hat der Osten schon in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik anders als Deutschlands Westen und Süden gewählt und war Hitler hier besonders erfolgreich."

Jetzt wurde es aber auch wirklich Zeit, endlich Hitler ins Spiel zu bringen! Die Ostdeutschen sind also doch irgendwie alle Nazis, das lässt sich ja sogar historisch belegen. Kann es mehr Niedertracht in der politischen Debatte geben?

Völlig unschuldig

Sie gehört zu denen, die sich ohne Unterlass gegen Hass und Hetze ereifert, trägt selbst aber genau zu dem bei, was sie so leidenschaftlich anprangert: Sawsan Chebli.

Infantile Politiker

Nun könnte man mit Recht einwenden, dass Chebli nicht zu den Intellektuellen im Politikbetrieb gehört. Doch erstens wäre das eine untaugliche Entschuldigung, und zweitens steht sie mit ihrer Meinung ja nicht allein da. Es zeichnet die aktuelle Politik aus, dass sie gänzlich beratungsresistent und ohne jede Selbstkritik ist. Während es in den letzten Jahren Usus geworden ist, die AfD zu bekämpfen, auszuschließen, zu ignorieren und zu beleidigen, reicht das in Zeiten wachsender Beliebtheitswerte nicht mehr aus.

Die Wähler müssen also ran. Aus der infantilen Perspektive einer Chebli ergibt das ja auch Sinn: Wenn die AfD mehr Zuspruch erhält, müssen die schuld sein, von denen dieser ausgeht. Nicht die eigene Politik ist das Problem, sondern die Gegenentwürfe, auf die die Menschen empfänglich reagieren.

Mit der Infantilisierung der Politik haben wir es ja schon eine ganze Weile zu tun. Ob "Doppel-Wumms", "Kuschel-Leo" (als Bezeichnung für einen Panzer!) oder die kürzlich im Inforadio benutzte Formulierung der "Hitparade der Krankenhäuser", Politiker und Medien sind sich für nichts zu schade. Nach Olaf Scholz hatte erst kürzlich auch SPD-Politiker Lars Klingbeil die AfD als eine "Partei der schlechten Laune" bezeichnet. Als ginge es hier um oberflächliche Befindlichkeiten oder die quälende Frage, ob man Käse oder Wurst auf sein Frühstücksbrot legt.

Doch hier geht es um mehr, es geht um die größte (selbst herbeigeführte) Krise des Landes seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Diese in infantile Begrifflichkeiten zu kleiden, ist eine Beleidigung der Bevölkerung einerseits, sie drückt aber auch Ignoranz und gelebten Unwillen aus, sich mit der tatsächlichen Größe der Probleme zu beschäftigen. Und das ist absolut schlüssig!

Denn gerade wurde der Bundeshaushalt für das Jahr 2024 beschlossen. Und dieser demonstriert klar und deutlich, dass wir uns in einer Kriegswirtschaft befinden. Gespart wird an allem, was der Bevölkerung zugutekäme. Mit vollen Händen herausgeworfen dagegen wird das Geld für Rüstung und Krieg. Dabei wird noch immer die völlig absurde Argumentation der "Solidarität mit der Ukraine" bemüht, die längst zu einem Treppenwitz der Geschichte geworden ist. In der Ukraine ist ein politisches System installiert worden, das weder etwas mit Demokratie noch mit Menschenrechten oder sonst welchen "westlichen Werten" zu tun hat, es sei denn, man definiert diese Werte als Korruption, Zensur, Menschenverachtung und Skrupellosigkeit.

Gleichzeitig hat Deutschlands Kriegsminister erneut betont, dauerhaft 4.000 deutsche Soldaten in Litauen stationieren zu wollen, was nicht nur rechtlich unzulässig ist, sondern den Fakt der Kriegswirtschaft und der Eskalationsbereitschaft unterstreicht.

Mit jedem Tag bewegen wir uns also als Land weiter in Richtung eines großen und heißen Krieges, mit jedem Tag treibt Deutschlands Politik die Eskalation weiter voran.

Und wir diskutieren über die AfD und ihre Gefährlichkeit? Jetzt mal ehrlich, das ist doch einfach nur durchschaubar.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebelln.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Juli 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.